GROSS-BERLIN

PREIS 10 PF.

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke" erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7 Jannowitz 5909. Postscheckkonto Berlin Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 254 B | BERLIN • Freitag, den 28. Oktober 1932 | 1. JAHRGANG

Das Programm der Konterrevolution.

Zehn Jahre offener Faschismus.

Von Fritz Schmalz.

Am 26. Oktober 1922 beschloß der faschistische Generalstab in Neapel die Mobilmachung der Schwarzhemden zum „Marsch auf Rom". Der italienische Ministerrat antwortete auf diese Mobilmachung in der Nacht vom 27. zum 28. Oktober mit dem Beschluß der Verhängung des Belagerungszustandes. Das löste in den Reihen der Schwarzhemden eine wahre Panikstimmung aus. Es wäre an diesem Zeitpunkt nicht schwierig gewesen, die faschistische Bewegung entscheidend zu schlagen. Die Stimmung änderte sich allerdings schnell, als der König sich weigerte, das Dekret über den Belagerungszustand zu unterzeichnen. Der bereits verkündete Belagerungszustand wurde widerrufen, und Mussolini hatte damit freie Bahn auf dem Wege zur Macht, weil er keinen Widerstand mehr fand. Es ist bekannt, wie er durch die rücksichtsloseste Vernichtung jeder Opposition und die brutale Unterdrückung der Arbeiterbewegung seine Macht sicherte. Der Parlamentarismus wurde abgeschafft. Es gibt zwar noch ein Parlament in Italien. Die Kandidaten werden auch gewählt, aber nur auf Grund eines einzigen Wahlvorschlages, den der Große Rat des Faschismus selber aufstellt und über den die Wähler lediglich mit „ja" oder „nein" abstimmen können.

Ueber diese Dinge wird im Oktober-Heft der sozialdemokratischen „Gesellschaft" sehr ausführlich berichtet. Leider wird in keinem der Aufsätze die Rolle der Arbeiterbewegung und ihrer Führer vor, während und nach jenen kritischen Tagen in Italien behandelt. Das wäre aber eine dankenswerte Aufgabe gewesen, weil daraus wichtige Lehren für die gegenwärtige politische Situation und die Aufgaben der Arbeiterbewegung in Deutschland zu gewinnen sind.

So wird die Geschichte des sozialdemokratischen Verrats in Italien verschwiegen.

Schon 1921 haben sozialdemokratische Abgeordnete mit den Faschisten in Italien Frieden geschlossen und diesen freie Hand im Kampf gegen die Kommunisten gelassen. (Vergleiche in Deutschland: Verbot des „Roten Frontkämpferbundes" und die Duldung der nationalsozialistischen SA durch Severing. Dieser „Friedensschluß" hat die Faschisten nicht gehindert, später ebenso rücksichtslos wie gegen die Kommunisten, auch gegen die sozialdemokratischen Arbeiter und Organisationen vorzugehen. Sozialdemokratische Führer haben auch nach der Machtübernahme durch Mussolini Kompromißverhandlungen mit ihm geführt und waren bereit, gemeinsame Sache mit ihm zu machen. Den Gipfelpunkt der Würdelosigkeit haben aber die in Italien lebenden maßgebenden Führer der Gewerkschaften erreicht. Nachdem sie zunächst durch eine Statutenänderung die „freien" Gewerkschaften den faschistischen angepaßt haben, beantworteten sie das Gewerkschaftsgesetz Mussolinis, das den faschistischen Gewerkschaften eine Monopolstellung verlieh, mit der Selbstauflösung des italienischen Gewerkschaftsbundes und schwenkten schließlich am 16. Januar 1927 mit einer öffentlichen Erklärung offen ins Lager des Faschismus über. In der Erklärung heißt es zum Schluß:

„Das Gesetz vom 3. April 1926 löste die Frage, indem es den Nichtfaschisten die Möglichkeit bot, auf Grund des Art. 12 eine tatsächlich (nicht rechtlich) bestehende Gewerkschaftsorganisation zu bilden. Die später eingetretenen Veränderungen in den allgemeinen Verhältnissen des Landes erlauben nicht mehr, sich jener Bestimmung zu bedienen. Trotzdem weiß und fühlt jeder, daß es in Italien ein Erbe an Erfahrungen gibt, das im allgemeinen Interesse verwertet werden könnte, daß es Männer gibt, die in langen Jahren gewerkschaftlichen Kampfes besondere Fähigkeiten zum Verständnis der sozialen Probleme und zu ihrer Erschließung für die Masse erworben haben.

Die geistige und praktische Einstellung der Massen auf die hier dargelegten theoretischen und programmatischen Grundsätze kann nur durch einen Prozeß der Selbsterziehung erfolgen. Diesen Prozeß wollen wir beschleunigen, indem wir unsere Energie in den Dienst der nationalen Gesamtheit stellen durch Gründung einer Zentrale für Organisation und Bildungswesen."

Unterzeichnet ist diese Erklärung von: Carlo Azimonti, Ludovico Calda, Emilio Colombino, Ludovico D'Aragona, Battista Maglione, Ettore Reina, Rinaldo Rigola.

Der IGB und die Sozialistische Arbeiter-Internationale haben am 26. Februar 1927 in einer gemeinsamen Sitzung zu dieser Erklärung Stellung genommen:

„Die Vertreter der beiden Internationalen halten jeden Versuch des Kompromisses mit der faschistischen Willkürherrschaft in Italien nicht nur für aussichtslos, sondern auch für verderblich. Sie verurteilen daher auf das schärfste das von einigen früheren Gewerkschaftsführern unterzeichnete Dokument, das in absolutem Gegensatz steht zu den Grundsätzen der internationalen Gewerkschaftsbewegung, wie sie von den beiden Internationalen stets vertreten wurden."

An den Tatsachen vermag dieser Beschluß nichts mehr zu ändern. Und es ist wenig getan worden seither, die Arbeiteröffentlichkeit aufzuklären und zu beeinflussen, daß ähnliche Kompromißversuche gebührend verurteilt und verhindert werden. In Deutschland wird gerade jetzt im Anschluß an einen plumpen Anbiederungsversuch Gregor Straßers an die Gewerkschaften, von Besprechungen über Bildung einer

W—er. Die Hemmung, die der Staatsgerichtshof den rechtsradikalen Bankerotteuren und „Staatsmännern" durch sein Urteil auferlegt hat, hat die ganze Meute der machtlüsternen Reaktion auf den Plan gerufen.

Die Klassenjustiz als politische Forderung.

Von Freytagh-Loringhoven (Professor der Rechte (!) in Breslau) wandte sich gegen den Staatsgerichtshof und schloß seine Ausführungen darüber:

„Bei der kommenden Verfassungsreform werde eine Garantie gegen eine Wiederholung geschaffen werden müssen. Es sei eine Zusammensetzung des Gerichtshofes zu erstreben, die gegen solche Formaljuristprudenz und politische Instinktlosigkeit sichere."

Das ist also die offene Aufforderung zur Einsetzung willfähriger und politischer Richter: Der Professor der Rechte als theoretischer und praktischer Verfechter einer Klassenjustiz!

Ein Nazi-Anwalt als politischer Advokat.

Ein anderer „Rechtsverteter" in doppelter Beziehung; der Nazianwalt Dr. Sack, hat im Anschluß an eine längere Erörterung folgenden Vorschlag gemacht:

„Eine Notverordnung, die dem augenblicklichen Zustand ein Ende bereitet, müßte aber auch zugleich der Amtsführung des früheren Preußen-Kabinetts ein Ende bereiten. Ein verfassungsmäßiger Weg wäre die Aenderung der augenblicklichen Geschäftsordnung des preußischen Landtages durch Wiederherstellung des ursprünglichen Wortlautes des § 20 der Geschäftsordnung. Hierdurch würde die Wahl des preußischen Ministerpräsidenten und damit die Bildung einer verfassungsmäßigen Landesregierung ermöglicht und damit alle augenblicklich bestehenden Schwierigkeiten der Regierungsführung im Reich und in Preußen beseitigt werden. — Wird der Herr Reichspräsident diesen Weg gehen?"

Also ein Versuch, mit Advokaten-Kunststückchen dem Reichspräsidenten einzureden, daß eine Naziregierung in Preußen durch eine Notverordnung eingesetzt werden müsse; denn bei der vorgeschlagenen Aenderung der Geschäftsordnung könnte ein Nazi Ministerpräsident werden!

Hugenberg: Der Staatsgerichtshof spinnt juristische Zwirnsfäden.

Der ideologische Chef der widerwärtigsten Reaktion, Hugenberg, hat am Mittwoch in Kassel in einer Massenversammlung die Maske des Biedermanns abgenommen und sich deutlich als Verfassungsbrecher und plumper Vertreter einer stumpfsinnigen bloßen Gewaltpolitik gezeigt. Nachdem er beanstandet hatte, daß Braun und Severing ihr Gehalt weiter beziehen dürfen (was bekanntlich dem Hollandfahrer Wilhelm II. in viel größeren Summen zugebilligt worden ist), fuhr er wörtlich fort:

„Wir haben immer auf dem Standpunkt gestanden, daß das Notstandsrecht des Staates der Reichsregierung das Recht zu ihrem Vorgehen in vollem Umfange gegeben hat.

Dieses Notstandsrecht ist an Erkenntnisse von Staatsgerichtshöfen nicht gebunden. Das Vorgehen des Reichspräsidenten von Hindenburg und der jetzigen Reichsregierung ist gerechtfertigt durch die Lebensbedürfnisse des deutschen Volkes, und es bedarf einer weiteren Rechtfertigung durch die Gerichte nicht. Daß solche juristischen Zwirnsfäden noch vor unsere Entwicklung gespannt werden — Zwirnsfäden, die man zerreißen wird —,

das beweißt, daß es gut sein wird, sich bei dieser Wahl der Verantwortung bewußt zu sein, die ein jeder Staatsbürger trägt, und vor allem sich bewußt zu sein, daß diese Wahl bestimmt ist, die Klarheit zu vergrößern, die über die Lage in Deutschland bei uns jedenfalls schon in vollem Maße besteht."

Also offener Verfassungsbruch wird proklamiert. Das Wort wurde Hugenberg nicht entzogen!

Die maßgebenden Regierungskreise haben selbstverständlich im Sinne der Reaktion entschieden:

AUS DEM INHALT:

Die „neue Ordnung" und die alte Nation.
Das Rüstzeug der Barbaren.
Ein feines Kuratorium.
Arbeitsdienstlager der Arbeiterschaft?
Londoner Hungermarsch.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat der Reichskommissar für das Land Preußen am 26. Oktober 1932 an alle preußischen Behörden folgenden Erlaß gerichtet:

„Die Gehorsamspflicht der preußischen Beamten gegenüber den durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli 1932 eingesetzten Reichskommissar und den von ihm bestellten Vertretern steht nach dem Urteil des Staatsgerichtshofes vom 25. Oktober 1932 fest."

Das heißt: es bleibt alles beim alten!

Und die Arbeiterschaft?

Die Arbeiterschaft und ihre Presse nimmt diese Taten der Reaktion in keiner Hinsicht ernst. Sie leistet es sich noch immer, gegenseitig über einander herzufallen, statt

gemeinsam über die Möglichkeiten zu beraten, sich den gemeinsamen Gegner vom Halse zu halten.

Der „Vorwärts" bringt erst am Donnerstag wieder in einem unglaublich albernen Artikel von Max Westphal blödsinnige Beschimpfungen der KP mit Zitaten von 1921, und vor einigen Tagen pikanter Weise einen Artikel gegen den Nationalismus in der — KPD, ohne auch nur im leisesten auf seine eigenen nationalistischen Verrücktheiten einzugehen, deren jüngste: die Aufforderung Severings zum Nationalsozialismus (über die wir gestern berichteten) auch nur wiederzugeben, geschweige denn zu kritisieren.

Die „Rote Fahne" ihrerseits lebt seit Wochen von Leitartikeln gegen den „Hauptfeind", die Sozialdemokratie, und von Freudenberichten über ausgedachte und wirkliche Entgleisungen der Gewerkschaftsführer.

Das alte Preußenkabinett selber hat lediglich erklärt (in einer Sitzung, die am Mittwoch morgen stattgefunden hat):

„. . . daß das Staatsministerium die Entscheidung des Staatsgerichtshofes als maßgebende und zur Entwirrung der Lage geeignete Grundlage betrachte. Das Staatsministerium hat danach nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, die Befugnisse auszuüben, die ihm nach der Entscheidung weiterhin zustehen. Die Staatsregierung wird diese Befugnisse im Sinne möglichst reibungsloser Zusammenarbeit mit den anderen verantwortlichen Stellen ausüben und sich dabei lediglich von den Interessen des Reiches und des Landes leiten lassen."

Otto Braun sprach vor der Presse über die staatsrechtlichen Folgen des Urteils u. a. so: „Wenn verschiedentlich in der Presse die Ansicht vertreten werde, der Reichskommissar habe ja den Staatsapparat und das Geld und was wolle da schon die Landesregierung tun, so setze eine solche Auffassung eine Böswilligkeit voraus, die er der Reichsregierung nicht unterstellen wolle. Er sei der Auffassung, daß Reichsregierung und preußische Staatsregierung das Urteil achten würden und daß das Reich bemüht sein werde, einen Weg zu finden, der einen Ausgleich darstelle. Angesichts der großen Schwierigkeiten werde auf beiden Seiten viel guter Wille und viel Sachlichkeit zu zeigen sein."

Das Programm der Konterrevolution ist an sich so töricht und schon infolge des Neides, der zwischen Nazis und Hugenbergern herrscht, so widerspruchsvoll, daß die Arbeiterschaft leicht damit fertig werden könnte. Aber ihre eigene Zerrissenheit hindert sie daran, auch nur mit einem solchen Gegner aufzuräumen. Was soll erst werden, wenn diese beiden sich geeinigt haben?

nationalistischen Regierung mit Duldung der Gewerkschaften gemunkelt. Leipart hat diese Gerüchte ausdrücklich widerrufen, was aber nicht ausschließt, daß andere Sozialdemokraten doch mit solchen Plänen liebäugeln.

Zweifellos hat in Italien so gut wie in Deutschland die Spaltung der Arbeiterbewegung den Kampf gegen den Faschismus erschwert. Ein Sieg der Faschismus war aber in Italien so gut ausgeschlossen, wie er in Deutschland ausgeschlossen ist,

wenn die SP, statt den Kampf des Faschismus gegen die Kommunisten zu begünstigen, eine Basis für einen gemeinsamen Abwehrkampf mit den Kommunisten gesucht und diesen auch geführt hätte.

Allerdings hat auch die KPD aus den Ereignissen in Italien zu lernen: Der Faschismus hält die politische Gewalt auf lange Zeit, wenn er sie erst erobert hat. Der Sieg des Faschismus kann nur verhindert worden, wenn die Arbeiterklasse in einer einheitlichen Kampffront gegen ihn steht. Die Bildung einer solchen Front hängt sehr von der KP ab. Es gibt in der SP nicht wenige führende Elemente, die nach italienischem Vorbild bereit sind, gemeinsame Sache mit den Faschisten zu machen. Andererseits gibt es aber in der SP und namentlich in den Gewerkschaften genug führende Sozialdemokraten mit großem Einfluß, die einen Sieg des Faschismus ernstlich verhindern wollen. Mit diesen kann eine gemeinsame Kampffront gebildet werden, wenn die KP ihre Taktik entsprechend ändert. Die Entweder-Oder-Politik der KP verhindert bisher noch eine solche Einheitsfront und kann auch in Deutschland zu einem Sieg des Faschismus führen. Ein gemeinsamer Abwehrkampf der KP mit der SP kann zwar die SP an die Macht bringen. Der Sieg der KP steht damit natürlich zunächst im weiten Felde. Aber Lenin hat 1917 in Rußland, als Kornilow putschte und bereits vor den Toren Petersburgs stand, Kerenski mit aller Macht im Kampf gegen Kornilow unterstützt. Der Sieg Kerenskis über Kornilow war zwar kein Sieg des Bolschewismus; aber mit dem Sieg Kerenskis über Kornilow hatte die Reaktion eine vernichtende Niederlage erlitten. Die Vernichtung der Arbeiterbewegung in Rußland war verhindert und der Kampf um den Sozialismus konnte unter aussichtsreicheren Umständen weiter geführt werden.

Wer den Faschismus lobt!

„Deutsche Arbeitgeber-Ztg." zum „Marsch auf Rom".

„Wer da sagt, der Weltkrieg habe eigentlich nur Ruinen hinterlassen. . . . der vergißt Italien. Der faschistische Staat ist eine der großartigsten Schöpfungen, die jemals aus einem Kriege hervorgegangen sind.

. . . von diesem Tage (dem 28. Oktober 1922) rechnet das ewige Rom seine Auferstehung. . . .

Mussolini trägt den Dämon des großen Staatsmannes in sich, die seltene Gabe, des Herrgotts Mantel zu fassen, wenn er vorüberrauscht. . . . In Tagen erobert er Rom ohne Blutvergießen (!). . . .

Wirtschafts- und Staatspolitik sind eins. . . . Dieser harte Volksmann (womit Mussolini gemeint sein soll? Red.) hat den sicheren Instinkt, der ihn sogar das Schwerste gelingen läßt: Die Versöhnung von Kapital und Arbeit zum gemeinsamen Dienst an der Nation. . . ." (Wobei die „Nation" mit dem identisch ist, was hier als „Kapital" bezeichnet wird!)

Beendigung des Bürgerkriegs verordnet!

Durch ein Zirkulartelegramm an sämtliche Oberbefehlshaber der chinesischen Truppen befiehlt General Tschiangkaischek, daß der Bürgerkrieg zwischen Provinz-Oberbefehlshabern oder Provinzregierungen sofort beendigt wird. Er erklärt in dem Telegramm, daß die chinesische Regierung, angesichts der außenpolitischen Schwierigkeiten, keinen Bürgerkrieg dulden könne.

Für das ausgepumpte chinesische Volk wäre es ein Segen, wenn es von den ständigen Kriegen der Generäle, die nur deren persönlicher Bereicherung oder Ruhmsucht dienen, befreit würde. Nur fürchten wir, daß die Empfänger der Telegramme sich wenig an den Befehl kehren werden.

Der verzögerte Massen-Mord.

In Tschapei, einem Vorort Schanghais, fanden am Mittwoch spielende Kinder eine Granate, die noch von dem japanischen Angriff im Frühjahr stammte. Sie versuchten, die Granate einem vorüberziehenden Händler zu verkaufen. Mitten hinein in den Streit, der dabei entstand und der viele Zuschauer herangelockt hatte, explodierte die Granate! Sieben Personen wurden getötet, 27 verletzt.

Tardieu hilft Herriot.

Tardieu, der mehrere Monate von Paris abwesend war, hat am Mittwoch seine Gruppe, das Republikanische Zentrum, zusammengerufen und hat darauf gedrängt, daß sie sich Herriots Wunsch nach einer Vertagung der außenpolitischen Debatte in der Kammer nicht widersetzen solle, wie es mehrere Mitglieder der Gruppe wollten. Es wurde schließlich beschlossen, allen Mitgliedern freie Hand zu lassen.

Die französische Regierung hat dem österreichischen Gesandten in Paris mitgeteilt, sie stimme der österreichischen Auslegung des Lausanner Abkommens zu. Diese Auslegung, von der die Oesterreicher ihre Annahme des Protokolls abhängig gemacht hatten, besagt, daß für die Anwendung und Auslegung des Genfer Protokolls Einstimmigkeit des Völkerbundes verlangt wird.

Wahlfieber in den USA.

Hoover hat am Donnerstag mittag eine große Wahlpropagandafahrt angetreten. Er will im Lauf von nur drei Tagen in acht Staaten zwanzig Reden halten! Viel Vergnügen! Auch sein Gegenkandidat Roosevelt ist munter. Er ist zur Zeit dabei, die Nordstaaten zu „bearbeiten".

Zu spät gekommen!

Das Ergebnis der Beschlagnahmung der Bankkonten des spanischen Jesuiten-Ordens ist außerordentlich ärmlich ausgefallen: 43 491 Peseten — das sind rund 22 000 Mark — sind dem Staat zugefallen, dazu noch einige Wertpapiere, die ihrem Namen keine Ehre machen. — Offenbar ist der Staat mit seiner Beschlagnahmung zu spät gekommen; die Schätze des Jesuiten-Ordens waren wahrscheinlich längst in Sicherheit gebracht worden.

Die Wahlen zum katalonischen Parlament sind für den 20. November festgesetzt worden.

Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz.

Am nächsten Montag wird in Genf die Vorkonferenz für die Weltwirtschaftskonferenz unter dem Vorsitz des amerikanischen Delegierten Norman Davis eröffnet werden, um das Arbeitsprogramm für die Londoner Konferenz auszuarbeiten. Das Ergebnis der Vorkonferenz wird den Regierungen vorgelegt werden, und Anfang Dezember hofft sie, die Tagesordnung der Weltwirtschaftskonferenz festsetzen zu können. Augenblicklich wird damit gerechnet, daß diese nicht vor Mitte Februar zusammentreten wird.

Die amerikanische Regierung hat durch die Entsendung einer zahlreichen Delegation zu der Vorkonferenz ein großes Interesse an den Verhandlungen bezeugt. Sie wird die gesamten internationalen Wirtschaftsprobleme schon auf dieser Tagung zur Sprache bringen, allerdings unter strengstem Ausschluß der Kriegsschuldenfrage.

Sir Walter Layton, der Herausgeber des liberalen „Economist", ist von dem Vorbereitenden Ausschuß für die Weltwirtschaftskonferenz zurückgetreten. Er erklärt in einem Brief an den Ministerpräsidenten, daß zwischen seiner Politik und der der Regierung zu große Unterschiede bestünden, als daß er die Regierung auf der Konferenz vertreten könne. Es geht ihm dabei darum, daß die im vorigen Jahr von England erhobenen Krisenzölle, gemäß der jetzigen Ansicht der Regierung, nicht vorübergehend, sondern dauernd in Kraft bleiben sollen. Dazu kommt die zollpolitische Bindung Englands durch die Abkommen von Ottawa, vor allem durch die Lebensmittelzölle. Ohne eine radikale Wendung in der Handelspolitik sei ein befriedigendes Ergebnis der Weltwirtschaftskonferenz unmöglich.

Ein Ausschuß tagt in Genf,

als — vorläufig einziges — Ergebnis der Konferenz von Stresa: der Sonderausschuß für die Schaffung eines Währungsstützungsfonds und eines Valorisierungsfonds für Getreide. Der Ausschuß hat zwar nur die technische Seite dieser Einrichtungen zu behandeln, wird aber auch dabei nicht um die Schwierigkeit herumkommen, daß bisher das Angebot an Einzahlungen für die Fonds noch außerordentlich schwach geblieben ist.

Die Vorschläge des Ausschusses werden den beteiligten Regierungen zur Stellungnahme vorgelegt und dann der Weltwirtschaftskonferenz übermittelt werden.

Der amerikanische Staatssekretär Stimson deutete in einer Wahlrede zum ersten Mal an, daß Verhandlungen mit europäischen Gläubigern über eine Herabsetzung der Kriegsschulden stattfänden. Er verteidigte die Kriegsschuldenherabsetzung als den „notwendigsten Schritt für ein internationales Zusammenarbeiten".

Englisch-amerikanische Seeabrüstungspläne.

Der Leiter der amerikanischen Delegation der Abrüstungskonferenz hatte vor einigen Tagen in England Besprechungen mit MacDonald und Sir John Simon. Mehrere englische Blätter berichten, daß in diesen Besprechungen eine englisch-amerikanische Uebereinstimmung über Rüstungsbeschränkungen zur See erzielt worden sei. Es komme — um diese Uebereinstimmung fruchtbar werden zu lassen — nur auf die Zustimmung Japans, Italiens und Frankreichs an. Japan bereite seinen eigenen Seeabrüstungsplan vor. Form und Umfang der englisch-amerikanischen Vorschläge sollen endgültig erst festgelegt werden, wenn man weiß, wie weit die drei anderen Mächte entgegenkommen.

Deutschland soll an dem Abrüstungsplan vorläufig nicht beteiligt sein; anscheinend besteht aber die Hoffnung, auf Grund dieses Planes Deutschland — etwa auf dem Weg über eine Viermächtekonferenz — für die Mitarbeit in Genf wieder heranzuholen.

Auf dem Rückweg von London wird Norman Davis in Paris Station machen und mit Herriot zusammentreffen.

Ueber den Inhalt des französischen Abrüstungsplanes

sind eine Reihe von Gerüchten im Umlauf. Da keines von ihnen amtlich ist und sie zueinander im Widerspruch stehen, ist die Diskussion über die Einzelheiten des Plans nur ein Rätselraten, und es wäre sinnlos, sich daran zu beteiligen.

Simon zu den Locarnoverpflichtungen.

Im englischen Unterhause wurde am Mittwoch gefragt, ob

1. der Locarno-Vertrag die englische Regierung tatsächlich oder stillschweigend verpflichte, die Grenzen Polens und der Tschechoslowakei gegen einen Angriff zu schützen, und ob

2. die englische Regierung durch die Bestimmungen des Locarno-Vertrages dem Völkerbundsrat das Recht gegeben habe, darüber zu entscheiden, welchem Staate geholfen werden müsse.

Der Außenminister beantwortete den ersten Teil der Frage mit Nein. Was den zweiten Teil angehe, so könne der Völkerbundsrat keinen England bindenden Beschluß ohne die Zustimmung des englischen Vertreters fassen.

Mit andern Worten: Alle Rechte vorbehalten!

Das dänische Reichsgericht zu den Randers-Revolten.

Im Frühjahr dieses Jahres fanden in Hadersleben (Nordschleswig) verschiedentlich Bauernrevolten statt, in denen die Bauern gegen die Zwangsversteigerung von Bauernhöfen protestierten und den Kampf gegen die sozialdemokratische dänische Regierung forderten. Die Revolten waren getragen von der Organisation „LS" des Bauernführers Randers, einer Organisation, die nicht nur dem Namen, sondern auch ihren Forderungen nach mit den NS in vielem verwandt ist.

In der Berufungsverhandlung vor dem dänischen Reichsgericht erhielten drei der Anführer dieser Revolten jetzt Gefängnisstrafen, und zwar einer 20, die beiden andern je 60 Tage. Das Landgericht, das den Fall vorher bearbeitet hatte, hatte sogar den einen freigesprochen und die beiden anderen zu Gefängnisstrafen von 20 und 30 Tagen verurteilt.

Gegen die pädagogische Reaktion.

F. D. Berlin, 27. Oktober.

Mit diesem Thema hatte ein gutes Dutzend, vor allem sozialpädagogischer, Organisationen zu einer Kundgebung am Mittwoch im großen Saal des Reichswirtschaftsrats aufgerufen. Der große Saal war überfüllt. Die Reden mußten durch einen Lautsprecher in einen zweiten Saal übertragen werden. Es sprachen Professor Nohl aus Göttingen und Strafanstaltsdirektor Curt Bondy aus Eisenach.

Der Versammlungsleiter wies zu Beginn auf ein Mißverständnis hin: Die Versammlung solle eine Kundgebung gegen die *pädagogische* Reaktion sein und nicht gegen die *politische* Reaktion; denn die pädagogische Reaktion ginge durch alle politischen Lager. Im Gegensatz zu den Einberufern der Versammlung war es offenbar dem größeren Teil derjenigen, die die Ankündigung gelesen hatten, klar, daß hinter der heutigen pädagogischen Reaktion die politische Reaktion steht. Deshalb waren sie so über Erwarten zahlreich erschienen. Wenn sie aber dachten, hier endlich einmal in einer öffentlichen Kundgebung Pädagogen von Ruf mannhaft gegen die pädagogische und politische Reaktion eintreten zu hören, so wurden sie enttäuscht. Sie bekamen hier zu hören, daß die pädagogische Reaktion nur auf Unkenntnis und Mißverständnis beruhe, und daß der Zweck dieser Kundgebung sei, diese Mißverständnisse aufzuklären. Nach Nohl beruht dieses Mißverständnis in dem Glauben, daß Pädagogik ein Luxus sei. Diesen Glauben hält er für falsch. Womit er Recht hätte, wenn er voraussetzen könnte, daß die heutigen Machthaber in Deutschland sich das Ziel einer vernünftigen Erziehung gesetzt hätten. Da sie sich dieses Ziel nicht gesetzt haben, sondern im Gegenteil diese Erziehung *verhindern* wollen, so ist *tatsächlich für sie* jede Erziehung, soweit sie über das Drillen der heute notwendigen geistigen Fertigkeiten wie Lesen und Schreiben, ferner Beten und Strammstehen hinausgeht, ein Luxus, ja sogar ein Uebel. Unkenntnis und Mißverständnis liegt also hier auf Seiten Nohls. Damit die eifrigen Pädagogen mit politischen Scheuklappen nicht allzusehr durch die pädagogische Reaktion beunruhigt werden, hat Herr Nohl ihnen ein Beruhigungspflästerchen zurechtgemacht in Form einer Theorie. Nach dieser 3-Phasentheorie der pädagogischen Bewegung ist der heute herrschende Zug zur „männlichen" Pädagogik etwas ganz Natürliches. Nach der ersten Phase einer reinen Persönlichkeits-Pädagogik kam die zweite Phase (nach dem Kriege) der sozialgerichteten Pädagogik, die nun in der dritten Phase Richtung auf etwas Festes, Objektives nimmt. Das ist der tiefere Sinn des Wortes „Dienst", das heute so viel gebraucht wird.

Der zweite Redner, Bondy, dessen Ausführungen, soweit sie die praktische Pädagogik betrafen, sehr interessant und lehrreich waren, zeigte sich im übrigen als der getreue Schüler Nohls. Er bekannte sich ausdrücklich zu dem Erziehungsziel, freie und verantwortungsbewußte Menschen zu erziehen, und lehnte ausdrücklich eine Erziehung zu Herren und Knechten ab, um in einem Atem zu betonen, daß es in dieser Frage keine politischen und konfessionellen Gegensätze gäbe. Er scheint noch nicht zu wissen, daß es nicht nur der heimliche, sondern der offen ausgesprochene Zweck der katholischen Kirche ist, Herren und Knechte zu schaffen. Kein Wunder auch, wenn er den Arbeitsdienst „in seinem Wesen" für pädagogisch hält. Um den Gefahren der gesinnungsmäßigen Beeinflussung zu begegnen fordert er die Durchdringung des Arbeitsdienstes mit pädagogischem Geist. Wenn Bondy damit den pädagogischen Geist einer vernünftigen Erziehung meint, so wird Papen das verhindern, wozu er übrigens schon alle Vorsichtsmaßregeln getroffen hat.

Schwarze Schulknechtschaft gegen braune.

Wuck. Trotz „der Unruhe des Augenblicks" fand sich vor einigen Tagen in der „Germania" eine neue ausführliche Stellungnahme zum Juli-Erlaß des Herrn von Gayl. Zu der Forderung einer grundsätzlich deutschen und christlichen Erziehung gibt „auch der Katholik gern seine Zustimmung". — Denn — so meint er — „deutsche und christliche Erziehung können nicht voneinander getrennt werden".

Aber nicht *irgendein* Christentum soll Grundlage der Erziehung in katholischen Schulen sein, „Verschmierungen" werden abgelehnt; für katholische Kinder wird die katholische Schule gefordert.

Ist es nicht nach Herausgabe des Gaylschen Erlasses überflüssig, die Konfessionsschule noch besonders zu verlangen? Nach katholischer Auffassung nicht. Zwei Vorbehalte werden angemeldet:

„Zum ersten:

daß der Begriff, die Umgrenzung vom ‚Staatsbürger' nicht im faschistischen Sinne verengt wird."

„Zum zweiten: . . .

Staatsrecht ist nicht letztes Recht."

Dieselben Sorgen klingen aus einem Referat, das kürzlich anläßlich des Führerkurses der katholischen Schulorganisation in Düsseldorf über das nationalsozialistische Erziehungs- und Schulprogramm gehalten wurde.

Es steht schlecht um die freie Schule, wenn die Faschisten auf dem Schulgebiet zur Zeit diejenigen Gegner sind, die die Aufmerksamkeit der Katholiken in erster Linie beanspruchen; wenn die freiheitlich denkenden Lehrer diese Aufmerksamkeit *nicht* auf sich lenken. Wo bleibt die *Macht* dieser Lehrer?

Arbeitsdienstlager der Arbeiterschaft?

Zu der Rundfrage des „Funken".

5.

Sie fordern auf, Stellung zu der Frage zu nehmen, ob die Arbeiterschaft von sich aus Arbeitsdienstlager einrichten soll oder nicht. Sie geben das Für und Wider an und wünschen neue Gesichtspunkte aufgestellt zu bekommen. Den Wunsch werde ich kaum erfüllen können, denn mir scheint, daß die dargelegten Punkte die wesentlichsten Probleme, die in diese Frage hineinspielen, bereits enthalten. Vielleicht kommen wir aber einen Schritt weiter, wenn wir *gegeneinander abwägen*, wenn wir die Stichhaltigkeit der Argumente prüfen.

Zunächst kann ich die Ansicht, die Durchführung eigener Arbeitslager hemme die Stoßkraft der Arbeit gegen die Arbeitsdienst-*Pflicht*, *nicht* teilen. Der Riesenunterschied zwischen freiwilliger Arbeitsleistung und der Arbeitsdienst-Pflicht bleibt nach wie vor bestehen, ja mir scheint, als sie

die Stellung zum Angriff auf die Dienstpflicht eine stärkere geworden nach Schaffung des freiwilligen Arbeitsdienstes.

Solange nämlich nichts getan wird, die vielen Tausende von der Straße zu bringen, die sich selbst überlassen bleiben und einen sogenannten „Unsicherheitsfaktor" für das Staatsleben darstellen, solange kann man einem Staat nicht das Recht verwehren, diese Menschen in seinem Sinne und Interesse dienstbar zu machen, und was liegt da näher, als sie in den Karren der „Pflichterfüllung" einzuspannen, sei es nun Arbeitsdienst-Pflicht oder Militärdienst-Pflicht. Zur Pflicht greift der Staat, um einmal möglichst alle zu erfassen und zweitens, weil er, so wie er augenblicklich aussieht, keine Hoffnung haben kann, daß man ihm freiwillig Folge leistet. In dem Augenblick aber, wo im wahrsten Sinne des Wortes die Massen freiwillig in die Arbeitslager gehen, wo sie Kameradschaft, Beschäftigung, Fortbildung und Unterhaltung finden, wo sie den Druck des Gefühls, für die menschliche Gesellschaft überflüssig geworden zu sein, verlieren, wo sie gleichzeitig auch dem Staat nützliche Arbeit erweisen, in dem Augenblick, wo freiwillig Leistungen vollbracht und in jeder Beziehung Erfolge erzielt werden, sei es nun für den Menschen selber oder für die Sicherheit des Staates, in dem Augenblick hätte meines Erachtens

der Staat moralisch das Recht verwirkt, Pflichterfüllung zu fordern.

Man rennt keine offenen Türen ein, oder man müßte ein Don Quichote sein. Und damit verfällt auch das zweite Argument gegen die Arbeitsdienstlager.

Wo bereits freiwillig geschafft wird, kann man nicht eines Tages aus der Freiwilligkeit eine Pflichterfüllung machen,

von Pflichten wird man immer nur da reden können, wo man ohne diesen Druck den Menschen nicht zu einer Handlung bewegen kann. Ich möchte annehmen, daß man der Arbeitsdienst-Pflicht nur ausweichen kann durch Aufrichtung von freiwilligen Arbeitsdienstlagern. Wird hier gezögert, muß man anhören können, wenn die Regierung sagen wird: die Initiative haben wir euch überlassen, ihr habt keinen Gebrauch davon gemacht, jetzt nehmen wir die Sache in die Hand. Und was daraus wird, das wissen wir.

Freilich, wenn wir Arbeitsdienstlager einrichten, können wir uns nicht gegen die Einrichtung nationalistischer Lager wenden, wenigstens grundsätzlich nicht; aber es wird nur an uns liegen,

unsere Lager so zu gestalten, daß sie größere Anziehungskraft gewinnen,

sie so zu verwalten, daß sie stets gerechtfertigt dastehen; die Leistung wird maßgebend sein. Und ich glaube auch, daß jeder junge Mensch auf die Dauer keine Freude am Muschkotendrill haben wird, wie er in nationalistischen Lagern „gepflegt" wird. Er wird sich schließlich doch dahin wenden, wo er als Mensch gilt und gewürdigt wird.

Die vier Argumente, die für die Schaffung von Arbeitsdienstlagern der Arbeiterschaft sprechen, sind derartig schwer wiegend, daß die Argumente gegen die Einrichtung sehr dagegen abfallen. Die Tatsache, daß Scharen Jugendlicher aus unserem politischen Lager fortlaufen zu denen, die sie bekämpfen sollten, die Notwendigkeit, die seelische Not der jugendlichen Arbeitslosen zu lindern und schließlich die Möglichkeit, in unserem Sinne die jungen Menschen zu erziehen — das sind Momente, die dringender für die Einrichtung solcher Lager sprechen als die anderen dagegen sprechen können. Es muß eben mit allen Mitteln wieder versucht werden, die Jugendlichen in unser Lager zurückzuziehen, es muß ihnen wieder die Verbundenheit mit dem Sozialismus bewußt und natürlich werden, so wie es vor dem Kriege für fast jeden jungen Arbeiter selbstverständlich war, sich in die sozialistische Front einzureihen. Das erreichen wir aber nicht, wenn wir in dem Augenblick beiseite stehen, wo wir ihnen helfen könnten, wenn wir ihnen das versagen, wonach sie verlangt — nach Gemeinschaft und Tätigkeit. Ja, greifen wir nicht zu, dann laufen noch viel größere Massen aus unseren Lagern fort, dann muß den jungen Menschen das Gefühl kommen: Ihr tut nichts für uns; das wäre für sie ein Schlag ins Gesicht; die Jugend will spüren, daß man sich um sie bemüht. Darum

schafft den jungen Menschen freiwillige Arbeitsdienstlager!

Werner Hebstreit (Hamburg).

Ein „feines" Kuratorium.

Das Reichsinnenministerium gibt eine Liste von bisher 33 Mitgliedern des „Reichskuratoriums für Jugendertüchtigung" bekannt. Als Vertreter der Reichsregierung gehören ihm an: 1. Ministerialrat von Manteuffel (Reichsfinanzministerium), 2. Oberst von Bredow (Reichswehrministerium) und 3. Präsident Syrup (Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung). Von den 33 Mitgliedern des Kuratoriums sind: Adlige 8, höhere Offiziere 9, Reichsminister a. D. 2, darunter der ehemalige „Demokrat" und Reichswehrminister Geßler, Staatsminister 2, darunter der thüringische Staatsminister und Nazi Wächtler (thüringisches Innenministerium), berüchtigt durch seine völkerverhetzenden Schulverordnungen, höhere Beamte 6, Ministerialräte und Ministerialdirektoren und Staatssekretäre 8.

Einen Vertreter entsandten bisher folgende Verbände: 1. der Deutsche Reichskriegerbund „Kyffhäuser", 2. der Reichs-Landbund, 3. der Deutsche Reichsausschuß für Leibesübungen, 4. der „Jungdeutsche Orden", 5. die NSDAP, 6. der „Stahlhelm", 7. der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband, 8. der Bund Deutscher Marinevereine, 9. der Verein „Eichenkreuz", 10. der Deutsche Hochseesportverband „Hansa" und 11. der katholische Jugendverband „Deutsche Jugendkraft".

Dieser erlauchten Gesellschaft will sich auch noch das „Reichsbanner" anschließen, es hat jedoch bisher noch keinen Vertreter benannt.

Was es mit dem famosen „Geländesport" auf sich hat, geht hervor aus einer Rundfunkrede des Freiherrn von Massenbach über „Geländelauf und Geländespiele" in der Jugendstunde der Berliner Funkstunde. Danach werden

zum Geländesport gerechnet: „Tarnen, Gasschutz, Gebrauch des Schanzzeuges . . . und Nahkampfschulung"!

Massenbach meinte, wohl um die jugendliche Romantik für seine Zwecke einzuspannen, diese Dinge ließen sich „auch an einem mittelalterlichen Raubritterkampfe üben". In der Tat hat er damit eine treffende Bezeichnung für jede Art von Soldatenspielerei und Kriegshandwerkerei gefunden:

„mittelalterliches Raubrittertum", unwürdig eines vernünftigen Menschen des 20. Jahrhunderts!

Auch der Hugenbergsche „Tag" bringt einen Bericht über eine sogenannte „Geländesportübung" in einem Wehrsportlager des Kyffhäuserbundes, in dem von ähnlichen Uebungen wie den genannten die Rede ist. Wir haben es bereits wieder „herrlich weit gebracht"!

Schaumburg-Lippe-Landtag gegen Papen.

Im Schaumburg-Lippeschen Landtag wurde am 20. Oktober ein Antrag der NSDAP angenommen, in dem die Schaumburg-Lippesche Regierung ersucht wird, durch einen Vertreter dem Kabinett von Papen das Mißtrauen des Schaumburg-Lippeschen Landtages auszusprechen, und den Vertreter Schaumburg-Lippes im Reichsrat anzuweisen, schärfsten Kampf gegen das Kabinett von Papen zu führen. Der ebenfalls von den Nationalsozialisten eingebrachte Antrag auf Auflösung des Landtages wurde abgelehnt.

Führungszeugnis

für „Prinz" August Wilhelm von Preußen.

Ausgestellt von der Reichspressestelle des „Stahlhelm".

„Im Jahre 1927 kam der Prinz zum ‚Stahlhelm' und schwur bei jeder passenden Gelegenheit dem Bundesführer öffentlich die Treue. Er verließ trotzdem nach etwa drei Jahren die Stahlhelmbewegung, weil er sich nicht genügend beachtet glaubte, seine Reden und Bilder nicht oft genug in der Stahlhelmpresse gebracht wurden. Jetzt wirft der Prinz öffentlich dem ‚Stahlhelm' Unmoralität vor. Wir empfehlen ihm, sich zunächst mit der Moral in der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei zu beschäftigen, aus der namhafte Mitglieder wegen der unmoralischen Zustände laut öffentlicher Erklärung ausgetreten sind."

Was kostet ein Raubüberfall auf Sparkassen?

Es handelt sich um die bekannte Methode: mehrere bewaffnete Räuber erscheinen, halten die Beamten mit der Waffe in Schach, erraffen die Beute und entkommen per Auto. Wegen zweier derartiger Fälle wurden in Hamburg drei Angeklagte zu Zuchthausstrafen von fünfeinhalb bis zwölf Jahren verurteilt; außerdem gab es Gefängnisstrafen. Die Beute der beiden Ueberfälle hatte etwa 1500 Mark betragen.

Wer am 6. November auf Reisen ist, lasse sich rechtzeitig einen Stimmschein ausstellen!

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Hannover: Sonnabend, 29. Oktober, 20.15 Uhr, in der Städtischen Saalwirtschaft, Gartenallee 1. Thema: November 1918 — November 1932. Von der Revolution zur Diktatur der Barone.

Freie Aussprache! Eintritt frei!

HAMBURG

November-Kundgebung.

Mittwoch, 2. November, im Volksheim, Hammerbrook, Sachsenstraße 21, Großer Saal, um 20.15 Uhr:

Kollektiv Hamburger Schauspieler:

Szenen und Songs.

Rede- Maria Hodann (Berlin).

Eintritt 20 Pfennig. Erwerbslose 10 Pfennig.

BRUNO GLUCHOWSKI

KOHLEN-KULIS

REVOLTE AN DER RUHR (14)

COPYRIGHT 1932 BY FACKELREITER-VERLAG G.M.B.H., BERLIN W 15

Der Qualm hat sich jetzt so weit verzogen, daß man einigermaßen sehen kann. Von Jupp Strugalski allerdings ist nichts zu sehen. Der muß unter dem Kohlenhaufen liegen. Göricke stößt plötzlich auf etwas Weiches, Warmes.

„Günther, hier liegt er", ruft er.

Sie versuchen den Körper frei zu kratzen. Eine Hand kommt zum Vorschein — — ein Arm — — — ein Stück von der Schulter — — — — — — der Kopf.

Alles andere liegt unter einem mächtigen Stein, einem Sargdeckel, der vom Hangenden hereingebrochen ist. Sie versuchen, ihn hinwegzuwälzen — — es geht nicht.

Göricke ergreift einen dicken Hammer, schlägt auf das andere Ende des Steins, um ihn zu zerkleinern und dann leichter bewältigen zu können. Ein grausiger Schrei ertönt; Strugalski ist durch den rasenden Schmerz aus seiner Bewußtlosigkeit erwacht.

„Meine Augen, meine Augen", stöhnt er.

„Jupp, wir sind bei dir, deine Kumpels", spricht Günther.

Mit der freien Hand tastet der Verunglückte ins Leere, sucht nach ihnen, stöhnt und wimmert. Mit einemmal schreit er fürchterlich auf: „Helft mir, Kumpels, helft mir oder schlagt mich tot. Schlagt — mich — tot, — ich — halt's — nicht — mehr — aus."

Das Schreien geht in Wimmern über, in Winseln, aus dem sich von Zeit zu Zeit grelle Aufschreie lösen. Günther schießt das Wasser in die Augen, Göricke hält sich die Ohren zu, um das fürchterliche Gebrüll nicht mitanhören zu müssen.

Da schießt Günther ein Gedanke durch den Kopf: den Stein aufheben, mit dem Körper.

Er springt zu Walter hin, reißt ihm die Hände von den Ohren, brüllt ihn an: „Paß auf, was ich dir jetzt sage. Ich stemme den Stein mit meinen Schultern hoch, und du ziehst derweil Jupp heraus. Aber schnell muß das gehen."

„Kerl, das geht nicht, das schaffst du nicht. Du kommst auch noch drunter zu liegen und wirst zerquetscht. Der Stein ist zu schwer."

„Red keinen Quatsch. Ich werde es schon schaffen, oder siehst du mich für einen solchen Schlappschwanz an?"

Damit wirft sich Günther auch schon auf das Liegende, zwängt seinen Körper unter eine Ausbuchtung des Steins. Die scharfzackigen Kanten zerschneiden ihm die Haut. Er beißt die Zähne zusammen; nur nicht schwach werden jetzt.

„Achtung, Walter!" ruft er.

„Ja, laß gehen."

Günther holt tief Atem, pumpt die Lungen voll Luft, hält sie an.

Ein mächtiger Ruck. Muskeln und Sehnen scheinen zu Stahl zu werden, Schweiß frißt beißend in die zerfetzte Haut.

Alle Sinne angespannt schaut Walter auf den Steinklotz, der sich langsam hebt, Zoll für Zoll.

Hinter sich hört er ein Scharren von Füßen; der Steiger kommt mit dem Schießmeister. Walter winkt abwehrend mit der Hand, schneidet so die Frage des Steigers ab. „Gerling versucht den Stein hochzuheben, damit wir Strugalski herausziehen können."

Die beiden treten an seine Seite. Erneutes Schmerzgefühl des Verunglückten, ein Schauer läuft allen über die Haut. Sie ergreifen zwei Schalhölzer, um den Stein abzustützen und Günther auf diese Weise zu helfen. Sie bezwecken nicht viel damit.

„Günther, noch etwas höher, wenn du kannst", schreit Walter.

Da, ein Ruck, ein dreifacher Aufschrei.

Günther hat mit seiner riesigen Kraft den Felsblock hoch und umgeworfen. Der Bergschüler reißt den Polen ungeachtet seines Schreiens darunter weg. Steiger und Schießmeister packen mit zu.

Günther ist am Ende seiner Kräfte angelangt, sackt erschöpft auf den Stein. Strugalski hat von neuem das Bewußtsein verloren, liegt leise röchelnd da. Sein Gesicht ist eine blutende, schwarze Masse, der ganze Körper von roten Bächen übergossen, die Glieder ohne Bewegung. Der Schießmeister läuft fort, um eine Tragbahre zu holen. Steiger Schäfer tritt an Günther, der sich langsam erhebt und mit der Hand über das Gesicht wischt, heran, reicht ihm die Hand: „Dank für Ihren Mut und Ihre Hilfsbereitschaft, Gerling. Was Sie da eben getan haben, macht Ihnen kein Zweiter nach."

Günther erwidert müde den Händedruck, wehrt das weitere Lob Görickes mit der Hand ab. Seine Knochen sind wie gerädert, aber Freude ist in ihm, daß ihm das Rettungswerk geglückt ist. Vielleicht ist dem armen Strugalski noch zu helfen. Er geht zu ihm hinüber, betrachtet den Verstümmelten schweigend. Armer, armer Kerl, denkt er. Hast so schon nichts, wenn du arbeitest, und was soll nun aus dir und deiner Familie werden, wenn du ins Krankenhaus kommst, wenn du vielleicht zeitlebens ein Krüppel bleibst und nicht mehr zur Zeche gehen kannst?

Der Steiger schaut den Bergschüler an. Der berichtet den Hergang des Unglücks, beteuert die völlige Unschuld aller.

„Verfluchte Schweinerei," knurrt der Steiger, „daß mir das nicht wieder vorkommt. Von jetzt ab wird jeder Schuß einzeln abgetan, verstanden?"

„Jawoll, Steiger."

Das Unglück hatte sich folgendermaßen ereignet. In der Meinung, daß beide zusammengekoppelte Sprengschüsse entzündet waren, ging Strugalski in den Ueberhau hinauf. Während er das Kabelende in die Hand nahm, um einen weiteren Schuß anzubinden, löste sich ein Schuß, der nicht gleichzeitig mit dem ersten losgegangen war. Die unter Wirkung des Schusses mit kolossaler Gewalt herausgeschleuderten Kohlenmassen flogen Strugalski ins Gesicht und gegen den Körper, durch den gewaltigen Luftdruck wurde er zur Seite geschleudert, zwei Hölzer der Verzimmerung umgeworfen, und das seiner Stütze beraubte Hangende brach stellenweise ein, türmte sich mit den Kohlen über ihn.

Der Schießmeister kommt in Begleitung zweier Schichtlöhner, die eine Tragbahre bringen. Vorsichtig wird Strugalski darauf gebettet, er stöhnte und jammerte zum Gotterbarmen.

(Fortsetzung folgt.)

Aus den Betrieben.

Volle Erfolge.

Nach dreiwöchigem Kampf haben die Afü-Arbeiter der Stadtrandsiedlung Falkenberg bei Berlin einen vollen Sieg errungen. Die geforderte Putzerzulage für die Maurer wird ab Juli nachgezahlt, die Dachdeckerlöhne betragen wie bisher 1,15 M und werden nicht, wie geplant, auf 1,08 M abgebaut; die Differenz wird ebenfalls ab Juli nachgezahlt. Die Karbolineumzulage wird für die geleistete Arbeit, 566 Stunden zu 20 Pfennigen, nachgezahlt. Maßregelungen finden nicht statt.

In den Reißverschluß-Werken Ri-Ri in Wuppertal nahm die Belegschaft am 22. Oktober die Arbeit wieder auf, nachdem die Werksleitung den Lohnabbau restlos zurückgenommen hatte.

Die Arbeiter der Textilfabrik Halper in Hohenstein-Ernstthal in Sachsen wehrten einen zweiprozentigen Lohnabbau durch 4½stündigen Streik ab. Allerdings kündigte der Unternehmer nach Wiederaufnahme der Arbeit allen Spulerinnen und will nach Ablauf der vierzehntägigen Kündigungsfrist alle entlassen, die mit dem Lohnabbau nicht einverstanden sind. Die Belegschaft will auch diese Maßnahme des Unternehmers *gemeinsam* abwehren!

Die Berliner Alabasterarbeiter beschlossen am Sonnabend den Streik. Am Montag schon nahmen die Unternehmer ihre Lohnabbaumaßnahmen zurück.

Passive Resistenz beschloß die Belegschaft der Firma Schauer und Co. in Berlin nach Bekanntgabe eines beabsichtigten fünfzehnprozentigen Lohnabbaus auf Grund der Notverordnung. Auf diese Weise wurde die Betriebsleitung zur Zurücknahme des Lohnraubplans gezwungen.

Teilerfolge.

Der Streik bei der Braunschweigischen A.-G. für Jute- und Flachsindustrie ist abgebrochen worden. Die Arbeit ist am Donnerstag *zu den alten Bedingungen* wieder aufgenommen worden. Aber die Direktion hat sich vorbehalten, die Arbeiter *einzeln* wieder heranzuholen. Auf die Frage des Gewerkschaftsvertreters, ob etwa Maßregelungen vorgenommen werden sollten, antwortete die Direktion ausweichend:

„Sie verhandeln doch nur für ihre Verbandsmitglieder!"

Der Textilarbeiterverband hat sich leider auf diesen Schmuß eingelassen. Die größte Aktivität hat in diesem Kampf die RGO entfaltet. Nur etwa 40 Prozent der Belegschaft ist freigewerkschaftlich organisiert.

Das Verhalten der Gewerkschaften hat zur Folge gehabt, daß eine ganze Anzahl Kollegen aus dem Textilarbeiterverband ausgetreten sind.

Neue Streiks.

Bei der Leipziger Wollgarnfabrik Tittel u. Krüger, die zum Nordwolle-Konzern gehörte und dem Konkursverwalter untersteht, trat am 24. Oktober über die Hälfte der 1200 Arbeiter umfassenden Belegschaft in den Streik. Die Firma wollte die übertariflichen Stundenlöhne um 8 bis 13 Pfennige abbauen. Der Konkursverwalter hatte den mit den Textilarbeitergewerkschaften abgeschlossenen Konzernvertrag gekündigt. Daraufhin wollte die Firma in ihrem Betriebe den für die westsächsische Textilindustrie abgeschlossenen Tarifvertrag wieder durchführen und die Einzelarbeitsverträge zum 24. und 30. Oktober kündigen.

Im Chemnitzer Textilbetrieb Friedrich Voigt legte die 210 Mann starke Belegschaft am 24. Oktober die Arbeit nieder.

Schwebende Konflikte.

Die bisherigen tarifmäßigen Tagelöhne der Chausseearbeiter der Provinz Brandenburg und der Brandenburgischen Landkreise sollen von durchschnittlich 4,30 auf 3,26 Mark herabgesetzt werden! Dabei ist die Arbeitszeit schon gekürzt, sodaß selten mehr als fünf Tage in der Woche gearbeitet werden. Der Wochenlohn eines Chausseearbeiters würde daher künftig durchschnittlich nur noch 15,20 Mark betragen. Nach Abzug der Beiträge zu den Sozialversicherungen

erhält ein Chausseearbeiter bei 40 Stunden Arbeit in der Woche weniger als ein Wohlfahrtsunterstützter!

Die Behörden wollen nicht nachgeben, da sie meinen, daß der Gesamtverband diesen Lohnraub ohne Kampf hinnehmen werde! Sie stützen sich bei ihrer Annahme wohl auf das Verhalten des Gesamtverbands bei anderen Lohnstreitigkeiten, etwa jenen bei der Berliner „Kraftag". Die Chausseearbeiter aber müssen sich darüber klar sein, daß nur energischer, einheitlicher und geschlossener Kampf ihnen helfen kann. Immerhin werden sich zu den genannten Hungerlöhnen wenigstens keine Streikbrecher finden, da es diesen besser geht, wenn sie Wohlfahrtsunterstützung beziehen.

Verhandlungsergebnis im BVG-Konflikt.

Die Löhne werden mit Wirkung ab 1. November 1932 in allen Gruppen um 2 Pf. gekürzt. Ausgenommen davon bleiben die Fahrkartenausgeberinnen Die *Frauen- und Kinderzulagen bleiben unverändert,* ebenso sämtliche Zulagen für Fahrer, Schaffner und Techniker. Alle übrigen Bestimmungen des Lohntarifvertrages bleiben bestehen.

Die BVG hatte eine Gesamtkürzung der Löhne bis zu 23 Pf. pro Stunde für das Fahrpersonal und bis 22 Pf. pro Stunde für das technische Personal gefordert. Diese Forderung hatte die Direktion zurückziehen müssen. Ein neues, letztes Angebot wurde unterbreitet, das eine Senkung der Löhne in allen Gruppen um 8 Prozent ab 1. Oktober verlangte. Mit dem jetzigen Verhandlungsergebnis ist eine Gleichstellung mit den Stundenlöhnen der städtischen Arbeiter und der Arbeiter der übrigen städtischen Gesellschaftsbetriebe (z. B. Gas- und Wasserwerke u. s. w.) hergestellt.

Am Freitag findet im Hackeschen Hof eine Versammlung der Gesamtverbandsfunktionäre bei der BVG statt, in der zu den Verhandlungsergebnissen Stellung genommen werden soll.

Für das Gastwirtsgewerbe in Berlin wurde der Mantel- und Lohntarif von den Arbeitgebern für Ende Oktober gekündigt. Die am 25. Oktober stattgefundenen Verhandlungen blieben ergebnislos, weil die Arbeitgeber eine Verlängerung des Tarifes über den 19. November ablehnten. Die Gewerkschaften haben den Schlichtungsausschuß angerufen.

GEG will Lohn- und Arbeitsbedingungen abbauen.

A. B. Die Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Consumvereine (GEG), Hamburg, hat den Rahmentarif für Angestellte zum 31. Dezember gekündigt. Sie fordert Urlaubskürzungen besonders für die Angestellten, die infolge mehr als fünfjähriger Tätigkeit im Betrieb Anspruch auf längeren Urlaub haben. Auch die Gehaltszahlungen in Krankheitsfällen sollen verringert werden.

Die Kündigung des Gehaltstarifs war seitens der Geschäftsleitung zum 31. August ausgesprochen worden. Sie verlangte einen 10prozentigen Gehaltsabbau. Auf Wunsch des Zentralverbandes der Angestellten (ZdA) wurde das frühere Gehalt auch im September weiter gezahlt. Für die Zukunft verlangt die Geschäftsleitung nach wie vor eine 10prozentige Gehaltskürzung unter Beibehaltung der 47-Stundenwoche.

In der Personalversammlung führte der Angestelltenrat aus, daß die 40-Stundenwoche nur bei gleichzeitiger Neueinstellung in Frage käme. Auch dann wäre aber ein Gehaltsabbau von 10 Prozent noch zu hoch. Eine Kürzung der Gehälter sei überhaupt undiskutabel, weil der Tiefstand der Konjunktur bereits überschritten und darum ein Steigen der Preise zu erwarten sei.

Nach ihrem Bericht in der Personalversammlung stehen die Angestelltenräte allen Abbau-Forderungen der GEG sehr ablehnend gegenüber. Es ist zu hoffen, daß dieser Standpunkt auch ebenso kräftig während der Verhandlungen vertreten wird.

Neue Transportarbeiterlöhne im graphischen Gewerbe Münchens.

Entsprechend einer Vereinbarung zwischen den Vertragsparteien treten mit Wirkung vom 22. Oktober an neue Wochenlöhne in Kraft und können erstmals zum 31. März nächsten Jahres gekündigt werden. Es erhalten Ausgeber und Packer über 25 Jahre 34 Mark, von 21 bis 25 Jahren 30 Mark, von 18 bis 21 Jahren 24 Mark, von 17 bis 18 Jahren 19 Mark, von 16 bis 17 Jahren 16 Mark, Kraftfahrer 39 Mark, Putzfrauen die Stunde 43 Pf.

Der Marsch der Hungernden auf London.

Nach einem Marsch, der für Viele länger als einen Monat gedauert hat, kamen am Mittwoch aus allen Himmelsrichtungen 2000 Erwerbslose in London an. Sowie sie in den Bezirk der Stadt angekommen waren, wurden sie von starken Polizeiaufgeboten in Empfang genommen, die sie durch die Straßen Londons geleiteten. Die Londoner Arbeiter begrüßten ihre Genossen mit großer Begeisterung. Am Mittwoch abend fanden in den Arbeiter-Vorstädten Versammlungen statt.

Für die Riesenkundgebung der „hungermarchers" im Hyde-Park

hat die Polizei 18 000 Polizeibeamte mobilisiert

und dazu noch Hilfsbeamte in Bereitschaft gehalten. Dieses Polizeiaufgebot bietet fast eine Sicherheit dafür, daß es bei der Kundgebung zu Zusammenstößen kommt!

Die Abgeordneten der Unabhängigen Arbeiter-Partei haben beschlossen, sich dafür einzusetzen, daß eine Delegation der Teilnehmer am Hungermarsch im Parlament empfangen wird.

Eine unwürdige Ehe endlich zerstört?

Badische SP will Konkordat ablehnen.

Begrüßenswert ist ein Konflikt zwischen der badischen SPD und dem badischen Zentrum. Die Leitung der badischen SPD und die Landtagsfraktion haben beschlossen, dem vom Kultusminister Baumgärtner (Zentrum) sehr heimlich vorbereiteten Konkordat nicht zuzustimmen. Die Rechtspresse erinnert nun die SPD an eine Zusage, die im Zusammenhang mit Koalitionsabmachungen zwischen SPD und Zentrum im Jahre 1929 der damalige Kultusminister Remmele gemacht haben soll: die SP werde beim Abschluß eines Konkordats mitarbeiten. Es soll sich bei der sozialdemokratischen Landtagsfraktion um eine plötzliche Schwenkung handeln.

Das Kabinett wird erst nach den Reichstagswahlen zur Konkordatsfrage Stellung nehmen.

Die badische Zentrumskorrespondenz drohte am Mittwoch abend dem bisherigen Koalitionspartner damit, daß das Zentrum, falls durch die Schuld der Sozialdemokraten eine Ratifizierung des kirchlichen Vertragswerkes unmöglich gemacht wird, die Folgerungen ziehen werde. Es sei verwunderlich, daß die badische Sozialdemokratie in der Konkordatsfrage einen anderen Standpunkt einnehme als die preußische, die seinerzeit dem preußischen Konkordat zugestimmt habe.

Wir hoffen, daß es sich bei dieser Haltung der SPD um mehr handelt als um einen Akt der Wahltaktik. Der „Vorwärts" schwieg bis Donnerstag früh noch über den Konflikt.

Weiterer Schulabbau.

Wnck. In Berlin kommen auf eine Volksschulklasse durchschnittlich 37,8 Kinder. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, soll diese Durchschnittszahl Ostern 1933 auf 42 erhöht werden. Durch Erhöhung des Klassendurchschnittes um ein Kind werden in Berlin allein 300 Stellen frei. Soll also die Zahl 42 erreicht werden, muß die Stadt 1200, d. h. alle zur Zeit nicht festangestellten Lehrkräfte entlassen. Es würden dann keine Lehrer oder Lehrerinnen unter 30 Jahren mehr als vollbezahlte Kräfte in den Berliner Volksschulen tätig sein.

Der Fehlbetrag im Haushalt der Stadt Potsdam ist im Laufe dieses Haushaltsjahres auf 950 000 Mark angewachsen.

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke"

vom ..... ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name ..... Ort .....

Straße und Hausnummer

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH Berlin S 14, Inselstr 8 a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlag GmbH. Berlin SO 36 Elisabethufer 28/29.

Achtung! Gartenbesitzer!

Lassen Sie Ihr Obst zu naturreinem Saft (Süßmost) verarbeiten, dann haben Sie während des ganzen Jahres immer frisches Obst in flüssiger Form.

Aufklärende Prospekte kostenlos durch

Frischkost-Obstverwertung
MAGDEBURG
Otto-von-Guericke Str. 104

Oberhemdenstoffe, Tricoline, Flanelle, Oxfords

günstige Posten Maccotuch kauft man gut und billig bei

Kurt Levy,
Berlin O 112, Scharnweberstr. 16/17

Die neuen
Stoffmusterkollektionen
für Herbst und Winter sind eingetroffen.
Bestellen Sie schon jetzt!
Arbeit nach Maß! / Preis mit Maß!
Rudolf Schönheit, Herren- u. Damenmoden
Magdeburg, jetzt Johannisbergstraße 10, III.

BERLIN
DIE KAMERA
Unter den Linden 14 — A 1 Jäger 2987
Ab 28. Oktober:
Die off. Uraufführung des Sowkino-Films:
„Waldmenschen"
Regie: Alex Litwinow.
Beiprogramm: Uraufführung „Diamanten". Neue Fassung Fischinger Nr. 8 „Riesen des Urwaldes".
Anfangszeiten: 17, 19 und 21 Uhr

Freunde und Leser des „Funken"! **Unterstützt Eure Zeitung!** Werbt Abonnenten! Sammelt Anzeigen! Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!

A. JANISZEWSKI
BUCHDRUCKEREI UND VERLAG/GMBH
druckt *Flugblätter, Zeitungen, Zeitschriften und jede Art Geschäftsdrucksachen*
Berlin SO 36, Elisabethufer 28-29
Telefon: Sammelnr. F 1 Moritzplatz 5471

Die Regierung Schleicher-Papen stützt sich nicht nur auf ökonomische Machtpositionen!

Um die ökonomischen und nicht-ökonomischen Machtpositionen dieser Regierung kennen zu lernen, ist es notwendig, die Grundlagen der heutigen Gesellschaftsordnung zu untersuchen.

In gedrängter, aber äußerst klarer Weise werden die Grundfragen des Gesellschaftslebens einfach und faßlich beantwortet in der Schrift:

Oeffentliches Leben.
Von Leonard Nelson.
35 Seiten. / 0,60 M.

Aus dem Inhalt:

„Nur zwei Lager sind es, aus denen dem Recht seine Vorkämpfer erstehen können. Zu diesem Kampf ist zunächst berufen, wer selber um sein Recht zu ringen hat, um so mehr, je mehr es ihm geschmälert wird . . . . sodann aber, wer am meisten zu opfern willens ist —; die Entrechteten einerseits und die Gebildeten andererseits. Wir brauchen' nach einem Wort von Karl Marx' ‚um die Gesellschaft zu erneuern, ein Bündnis der Leidenden und der Denkenden, der Wissenschaft und des Proletariats'."

Verlag „Oeffentliches Leben", Berlin S 14, Inselstraße 8a
Postscheckkonto: Berlin Nummer 313 42

Die „neue Ordnung" und die alte Nation.

Hk. Eine große Rolle in der kommunistischen Propaganda gegen den Reformismus in der Führung der Freien Gewerkschaften spielen neuerdings einige Aeußerungen von ADGB-Führern. Es ist die Illusion von einer deutschen Volksgemeinschaft, die darin zum Ausdruck kommt. Wie verfehlt solche Aeußerungen von Arbeiterführern sind, hat das Echo bewiesen, daß jene Aeußerungen im Lager der Reaktion gefunden haben. Wir haben — gerade weil wir in den Freien Gewerkschaften einen der wichtigsten Stützpunkte sehen, den die deutsche Arbeiterbewegung noch hat, um sich aus ihrem heutigen Tiefstand wieder hocharbeiten zu können — alle Veranlassung, die Gefahr ins Auge zu fassen, die jene Volksgemeinschafts-Ideologie in sich birgt.

Wir stellen zunächst einige Tatsachen zusammen.

1. Leipart sagte in Bernau am 14. Oktober

in einem Vortrag, den er in der Bundesschule des ADGB hielt (zitiert nach der „Gewerkschaft", der Zeitschrift des Gesamtverbandes):

„Man wirft uns weiter vor, daß wir nicht national seien. Nun, wir wissen sehr wohl, daß alle Kultur auf nationalen Grundlagen erwächst. Uns sind Heimat und Geschichte Werte, deren Bedeutung für unser Volk wir aufs höchste schätzen. Keine soziale Schicht kann sich der nationalen Entwicklung entziehen. Auch wir haben es nicht getan, als wir im Weltkrieg bis zu dem traurigen Zusammenbruch für unser Vaterland gekämpft haben, als wir 1918 die ganze Last des zusammengebrochenen Reiches auf uns genommen haben...

Wir haben für unser Volk Opfer gebracht. Wir taten es im Kriege. Dafür legen so manche mannhaften Worte von Karl Legien das beste Zeugnis ab. Wir taten es im Kampfe gegen den Separatismus im Westen und in der Zeit des passiven Widerstandes im Ruhrkampf. Wir haben alles unterstützt, was unser Volk frei und wirtschaftlich wieder gesund machen sollte. Wir wehren uns aber dagegen, daß der nationale Gedanke mit dem aristokratisch-kapitalistischen System gleichgestellt wird....

Unsere Arbeit ist Dienst am Volke. Sie kennt den soldatischen Geist der Einordnung und der Hingabe für das Ganze. Wir sind Antimilitaristen und bekennen es ganz unzweideutig. Wir wehren uns aber dagegen, als Pazifisten zu gelten, die kein Gefühl für unsere Ehre und für die Interessen unseres Volkes hätten. Wir sind Kämpfer und keine schwächlichen Verständigungspolitiker....

Die führenden Kräfte unserer Gewerkschaftsbewegung waren national eingestellt...."

Wir haben hier bewußt einseitig die anstößigen Stellen aus Leiparts Rede herausgesucht — nur diese interessieren hier. Daß die Rede andere Teile hatte, die wir vollauf begrüßt haben (vergleiche den Leitartikel im „Funken" vom 16. Oktober), wird unseren Lesern in Erinnerung sein.

2. Die Gewerkschaftskundgebung vom 18. Oktober

war ein trauriges Kapitel. Hier ein paar Stellen aus dem Bericht des „Vorwärts":

„Mit leidenschaftlich bewegten Worten wandte sich Genosse Leipart gegen die Auslassung des Reichskanzlers von Papen, der jeden, der sich nicht hinter die Reichsregierung stellt, als Feind der Nation bezeichnet hat."

Fritz Tarnow: „Aber wenn wir in bezug auf den Erfolg (des Papenschen Arbeitsbeschaffungsprogramms) auch nicht so hoffnungsfroh gestimmt sind wie die Reichsregierung, so sind wir doch bereit, dem wirtschaftlichen Teile des Regierungsplanes die Chance zuzubilligen, seine Brauchbarkeit unter Beweis zu stellen.... Wenn der Plan nicht den Erfolg bringen sollte, den seine Väter in Aussicht gestellt haben, dann wird nicht Schadenfreude unser Gefühl sein, sondern tiefe Trauer und Bitterkeit darüber, daß ein großer Aufwand nutzlos vertan worden wäre."

Diese Reden wurden in Gegenwart eines Vertreters des Reichsarbeitsministers gehalten.

3. Echo bei Straßer.

In einer Berliner NSBO-Versammlung am 20. Oktober erklärte Gregor Straßer: Die Ausführungen des Vorsitzenden der Freien Gewerkschaften vom 14. Oktober in Bernau eröffneten Ausblicke in die Zukunft, die jeden mit freudiger Zustimmung erfüllen müßten. Leiparts Ablehnung der Gleichstellung des nationalen Gedankens mit aristokratisch-kapitalistischen Tendenzen hätten die Nationalsozialisten schon seit jeher verfochten. Wenn die Gewerkschaften wirklich diese Erkenntnis hätten, müßten sie sich folgerichtig von den Heilmann und Hilferding trennen, sich zum deutschen Staat bekennen und der Internationale entsagen.

4. Echo bei der „Deutschen Bergwerkszeitung".

Dieses Scharfmacherblatt widmete am 21. Oktober der Gewerkschaftskundgebung einen Leitartikel, in dem es heißt, daß „die Berliner Kundgebung doch ein wenig von dieser unbedingten ... Opposition abrückte. Man geht wenigstens so weit, der Reichsregierung den guten Glauben zuzuerkennen, und erklärt sich bereit, dem wirtschaftlichen Teil des Regierungsplans die Chance zuzubilligen, seine Brauchbarkeit unter Beweis zu stellen".

Die „Bergwerkszeitung" bescheinigt den Freien Gewerkschaften, „daß sie in kritischen Augenblicken nüchterner zu denken vermögen als ihre kleine, aber sehr laute christliche Konkurrenz",

und hofft, daß die Freien Gewerkschaften „auch dieses Mal einen Beitrag zur Rettung unseres Volkes liefern mögen, der sich nicht in rein negativer Kritik erschöpft".

5. Echo bei Papen.

„Ich begrüße es, wenn auf der Tagung des ADGB Herr Abgeordneter Tarnow die Bereitschaft der Gewerkschaften erklärte, dem wirtschaftlichen Teile des Regierungsplanes die Chance zuzubilligen, seine Brauchbarkeit unter Beweis zu stellen." (Am 24. Oktober vor den Obermeistern des märkischen Handwerks.)

*

Sehr deutlich zeigt das Freudengeheul dieses dreifachen Echos, daß die Hingabe an ein sogenanntes Ideal der Nation die Gewerkschaften heute von ihrer Aufgabe abbringen *muß*, die Arbeiter gegen die schamlosen Anschläge auf Lohn und Arbeitsbedingungen zu verteidigen. Man kann gegen diese Ausbeutung nicht wirkungsvoll kämpfen, wenn man sich außerdem mit seinen Ausbeutern für eine gemeinsame Aufgabe verantwortlich fühlt und ihnen Mitarbeit an einer derartigen Aufgabe anbietet — und gar eine Chance für Papen!

Welches sollte auch diese gemeinsame Aufgabe sein? Die Nation! Soweit sich hinter diesem Wort nicht ein bloßer Gegenstand zufälliger Sympathie oder des nackten Besitzinteresses verbirgt, soweit hier überhaupt ein Wert vorliegt, der allgemeine Schätzung beansprucht, kann es sich nur um das Ideal einer staatlich organisierten Gemeinschaft räumlich beieinander wohnender Menschen handeln, die dadurch wertvoll ist, daß diese Menschen sie in wertvoller Weise gestalten. Eine derartige Gemeinschaft könnte den Namen Nation tragen, und es ist gewiß ein Ideal, an der Schaffung einer solchen Gemeinschaft zu arbeiten. Wo aber außer in Rußland ist dergleichen in Angriff genommen? In „unserer" Ausbeutergesellschaft kann doch gewiß nicht davon die Rede sein, daß ihre Mitglieder in gemeinsamer Arbeit diese Gemeinschaft wertvoll gestalten; und es wird davon nicht die Rede sein können, solange nicht der letzte Rest der organisierten gesellschaftlichen Ausbeutung aus unserer Gesellschaft getilgt ist.

Auf eine kapitalistische Gesellschaft findet also das Ideal der Nation überhaupt keine Anwendung;

und zwar deswegen nicht, weil von einem Wert einer Gemeinschaft nicht die Rede sein kann, solange sie nicht wenigstens den Ansprüchen der *Gerechtigkeit* entspricht.

Leipart selber hat diesen Maßstab genannt: in Bernau zog er, als er die heutige Gesellschaftsordnung in Deutschland an „unserer leidenschaftlichen Forderung nach sozialer Gerechtigkeit" maß, die klare und richtige Konsequenz: „Wir bekennen uns zur revolutionären Idee, weil wir die Erkenntnis haben, die die besondere Lage uns unwiderstehlich aufzwingt, daß

unsere letzten Ziele nur in einer neuen Ordnung verwirklicht werden können."

Worte solcher Konsequenz fanden wir auch in dem Brief Leiparts vom 13. September, und *diese* Stimmen wollen wir, besonders wo sie von maßgebender gewerkschaftlicher Seite angeschlagen werden, durch unsere Stimmen verstärken.

Hier wollen wir die Führer beim Wort nehmen.

Was aber die Sorge um die Nation, um „unsere letzten Ziele" betrifft, so wollen wir, um Mißverständnisse zu vermeiden, von Nation solange nicht reden, als nicht die „neue Ordnung verwirklicht" ist, die überhaupt erst die Möglichkeit dafür bietet, daß eine Nation in Erscheinung treten kann. Bis dahin müssen wir als „vaterlandslose Gesellen" durchs Leben gehen und wollen das in unserem Verhalten mit aller Eindeutigkeit zum Ausdruck bringen:

die „Nation" Herrn von Papens und der „Börsenzeitung" und der „Bergwerkszeitung" geht uns gar nichts an, und wir wollen sie, soviel an uns liegt, „in der Stunde der Gefahr" gründlich im Stich lassen.

Um aber für die Verwirklichung jener neuen Ordnung die Kampf*möglichkeiten* überhaupt noch zu retten, dafür fällt den Gewerkschaften eine der wichtigsten Aufgaben heute zu. Sie werden diese um so besser lösen, je mehr sie sich von allem Gefühl der Verantwortung für die „Nation" der Herren von Papen, von Stülpnagel und Krupp von Bohlen u. s. w. lösen.

Das Rüstzeug der Barbaren.

„Und willst du nicht mein Bruder sein ..."

Deutschnationale Wahlversammlung von Nazis gesprengt. Nachdem schon in Hamburg selber eine deutschnationale Wahlversammlung wegen Störungen durch Nazis aufgeflogen ist, passierte dasselbe in *Hamburg-Eilbeck*. Die Nazis warfen unter anderem auch Stinkbomben. Es kam zu Prügeleien und Zusammenstößen mit der Polizei.

Steinwürfe gegen Brüning. Sehr unsanft wurde Dr. Brüning in *Bamberg*, wo er am Dienstag abend auf einer Wahlkundgebung der Bayerischen Volkspartei sprechen sollte, empfangen. Eine große Anzahl Kommunisten und Nazis hatte sich vor dem Saal eingefunden und empfingen Brüning mit den Rufen „Hungerkanzler". Im Anschluß kam es zu tumultähnlichen Lärmszenen. Die Polizei ging mit dem Gummiknüppel gegen die mit Steinen werfende Menge vor. Dabei wurden drei Polizisten verletzt. Auf der Fahrt zum Hotel wurde das Auto Brünings mit Steinen beworfen und das Fenster des Rücksitzes zertrümmert. Die Vorgänge sind um so auffallender, als sie sich in einer fast rein katholischen Stadt abspielten.

Sprengstoffanschlag gegen Lokalzeitung.

In der Nacht zum Mittwoch wurde auf das Gebäude des „Uffenheimer Tageblatts" in *Uffenheim* bei Nürnberg ein Bombenanschlag verübt, durch den die Druckmaschine zerstört und der Druckereiraum schwer beschädigt wurde. Die polizeiliche Untersuchung ist im Gange. Wie der Verleger der Zeitung mitteilt, hat er politische Gegner nur in Kreisen der Nationalsozialisten. Er hat von dieser Seite schon mehrfach Drohbriefe erhalten.

„Reichsbanner"-Mann niedergeschlagen. In *Berlin-Weißensee* kam es Dienstag nacht zu einer Schlägerei zwischen Nazis und Angehörigen des „Reichsbanners". Ein „Reichsbanner"-Mann wurde verletzt. Die Polizei verhaftete drei Nationalsozialisten und ein Mitglied des „Reichsbanners".

Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und „Reichsbanner"-Leuten.

Am Mittwoch kam es zwischen „Reichsbanner"-Leuten und Nationalsozialisten in der Wiesenstraße an der Ecke der Hochstraße im Norden Berlins zu einem Zusammenstoß, bei dem drei „Reichsbanner"-Leute Verletzungen erhielten. Sechs Nationalsozialisten wurden in das Polizeipräsidium eingeliefert.

Wüten der NS in der Wiener Universität.

Am Mittwoch kam es in der Wiener Universität wieder zu Schlägereien zwischen nationalsozialistischen und sozialistischen Studenten. Während der Vorlesung des sozialdemokratischen Professors Randler drangen die Nazis in den Hörsaal ein, zertrümmerten die Fensterscheiben und warfen die Tische um. Bei der Polizei haben sich 13 Studenten als verletzt gemeldet.

Der Rektor hat die Schließung der Universität und aller ihrer Institute verordnet und erklärt, sie würde nicht eher wieder geöffnet werden, als bis die Gewißheit bestünde, daß sich derartige Begebenheiten nicht wiederholen würden.

Der amerikanische Gesandte in Wien hat beim Bundeskanzler wegen der Schlägereien in der Wiener Universität, die sich am 17. Oktober ereignet haben, Beschwerde eingelegt, weil dabei auch amerikanische Studenten verwundet worden sind. Der Rektor wird deshalb dem Gesandten, im Namen der Universität, sein Bedauern aussprechen. — Er sollte lieber die Nazis (als ungeeignet zu ernster Arbeit!) von der Universität ausschließen.

Tod eines Hitler-Jungen.

Am Sonntag wurde in Wien der zwölfjährige Hitler-Junge Joseph Grün mit schweren inneren Verletzungen in der Magengegend im Krankenhaus eingeliefert und starb kurz darauf. Von rechtsstehender Seite wird behauptet, daß Grün, als er die Gräber der bei der Schießerei im Simmering getöteten Nazis besuchen wollte, von einem Mann, der die drei Pfeile trug, heftig in den Bauch gestoßen wurde und dabei die schweren Verletzungen erlitten habe.

Die nationalsozialistische Danziger Wochenschrift „Der Vorposten"

ist vom Danziger Polizeipräsidenten bis zum 15. November verboten worden.

Reichsgericht hetzt gegen KP-Zentrale.

20 Jahre Zuchthaus und Festung für Kommunisten.

Der vierte Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte am Mittwoch sieben Berliner Arbeiter, Kommunisten, wegen „Vorbereitung zum Hochverrat", Vergehens gegen das Republikschutz-, gegen das Sprengstoff- und gegen das Schußwaffengesetz. Die Strafen sind im einzelnen:

Druckereihilfsarbeiter Lesniewski fünf Jahre Zuchthaus;
Schriftsetzer Behring vier Jahre Zuchthaus;
Möbelpolierer Behr und Former Beckmann je zweieinhalb Jahre Zuchthaus;
Drechsler Bauersfeld eineinhalb Jahre Zuchthaus;
Schlosser Barnitzke und Arbeiter Emmerich je zwei Jahre Festung.

Die Verurteilten hatten verschiedene Lager von Schußwaffen, Sprengstoff und Munition in Berlin angelegt, über die auch eine Karthotek gefunden wurde. Der Vorsitzende sagte in der Urteilsbegründung: der Senat halte für festgestellt, „daß es sich bei diesen Vergehen nicht um eine vereinzelte Aktion handele, sondern daß der Ursprung dieser Tat direkt über die Angeklagten Behring und Lesniewski in das Karl-Liebknecht-Haus führe, das die ‚Rote Fahne' zuweilen mit Recht als Herz und Sitz der Revolution bezeichne". Eine Begründung, auf Grund welcher Tatsachen der Senat dies „für festgestellt hält", ist nicht bekanntgeworden.

Der vierte Strafsenat bemüht sich also nicht nur, kommunistische Arbeiter zur Strecke zu bringen, sondern gibt den Herren Papen, Bracht und Melcher den deutlichen Wink, einen Schlag gegen das Zentrum der KPD zu führen.

Wegen Zersetzungsversuchs an der Reichswehr wurden fünf Eislebener Kommunisten verhaftet. Sie werden beschuldigt, im Juni das Gelände, in dem eine Felddienstübung stattfinden sollte, mit Handzetteln hochverräterischen Inhalts besät zu haben. Die fünf werden vor den vierten Strafsenat kommen.

Eine gutgehende Unternehmung.

25 000 Kilo geschmuggelt, 2½ Millionen Mark Zoll hinterzogen.

t. Die Wuppertaler Strafkammer beschäftigte sich in zweitägiger Verhandlung mit einem Schmuggelprozeß, der von dem Vertreter des Landesfinanzamtes Düsseldorf als der größte und schwerste Schmuggelfall bezeichnet wurde.

Zwei Brüder, Franz und Paul Kappen, sind die Helden, die hinter der Schutzzollmauer, hinter der so viele legale Ausbeutungsgeschäfte von statten gehen, ein illegales und noch weit besser gehendes Geschäft aufgemacht hatten. Sogar der Aufstieg des Tüchtigen aus kleinsten Anfängen wird durch diesen Fall demonstriert! Wie Franz Kappen erzählte, hatte er ganz klein angefangen. Das Schmuggelunternehmen nahm schließlich einen derartigen Umfang an, daß drei Kraftwagen angeschafft werden mußten, um die Schmuggelware zu befördern.

Aufgedeckt wurde der Schmuggel dadurch, daß ein in Holland wohnender Lieferant Anzeige erstattete, weil er sich von den Gebrüdern Kappen betrogen fühlte. Mit welchen Mitteln die Bande arbeitete, geht besonders daraus hervor, daß dieser holländische Hauptbelastungszeuge zu der vor einigen Monaten angesetzten ersten Verhandlung nicht erscheinen konnte, weil ihn die Schmuggler in Holland gewaltsam an der Fahrt nach Deutschland hinderten. Nach den Berechnungen der Sachverständigen sind durch die Bande Kappen innerhalb von zwei Jahren etwa 25 000 kg Schmuggelware eingeführt und mindestens 2½ Millionen Mark Zölle hinterzogen worden.

*

Die beiden Hauptangeklagten wurden zu Gefängnisstrafen von einem Jahr sechs Monaten beziehungsweise einem Jahr drei Monaten und außerdem zu einer Geldstrafe von je einer Million Mark sowie je 100 000 beziehungsweise 50 000 Mark Wertersatz verurteilt.

Scheinleistungen in der Sowjet-Wirtschaft.

Das System des Bluffs.

Wahrheit über die Sowjet-Union, — Rauschenplat hat an dieser Stelle bei der Besprechung deutscher Bücher über sowjet-russische Fragen einmal hervorgehoben, wie selten sie zu finden ist. Vieles wird unter dem Gesichtspunkt der Propaganda geschrieben.

Die Schönfärberei, deren man sich in der Sowjet-Union bedient, kann aber auf die Dauer nicht einmal die erstrebte propagandistische Wirkung erreichen. Doch das ist bei dem methodisch angewandten Bluff noch das minder Wesentliche. Wesentlich ist, daß die

Methode des Bluffs, wie sie von den Spitzen des Systems ausgeht, nach unten Schule macht.

Die ganze Wirtschaftsführung und die ganze Verwaltungsmaschinerie sind in erster Linie auf die *Scheinwirkung* und nicht auf den *realen wirtschaftlichen Erfolg* eingestellt. Vorgesetzte betrügen die Masse, Beamte betrügen ihre Vorgesetzten, die Masse betrügt die Beamten, — alles ist, von oben bis unten, von gegenseitigem Betrug durchseucht.

Ueberall fingierte statt — oder neben — realer Leistung.

Das ist es, was zu einem *Krebsschaden* der Sowjet-Wirtschaft geworden ist.

Der Bluff von oben.

Der Bluff von oben findet seinen krassesten Ausdruck in der Aufrechterhaltung des Märchens von der Stabilität der Sowjet-Währung. Auf der XVII. Parteikonferenz der KPSU im Januar 1932 sagte der Finanzkommissar Grinko unter anderem: „Ich glaube, eines der größten Ergebnisse des Jahres 1931 ist die Tatsache, daß wir aus diesem Jahr mit einem gestärkten Geldsystem hervorgingen, während die gesamte kapitalistische Welt 1931 eine Periode der schärfsten Finanzkrise durchlebte."

Zu einer Zeit, in der der Staat in seinen eigenen Läden für nicht rationierte Waren inflatorische Wucherpreise berechnet, kann man diese Darstellung nur als eine Irreführung ansehen, die in enger Beziehung steht, mit dem in früheren Aufsätzen (in Nr. 197 und 206) behandelten Versuch, die Lage so darzustellen, als ob der Arbeiter einen normalen Lohn erhalte und seine Lage sich obendrein andauernd verbessere.

Noch schlimmer ist die Bemäntelung der Tatsache, daß man den Bauern durch die erzwungenen Produktenlieferungen zu Preisen, die keineswegs den Preisen angepaßt sind, die sie selber für ihren Bedarf zahlen müssen, den größten Teil ihres Einkommens glatt wegsteuert.

Der Bluff von unten.

Betrug von unten ist die Quittung auf den Betrug von oben. Was anders ist es als Betrug an der Masse, wenn man einem festangestellten Arbeiter jetzt nichts oder nur die Hälfte des normalen Arbeitslohnes bezahlt, wenn eine Arbeitsunterbrechung ohne sein Verschulden eintritt? Durch Mangel an Material entsteht zum Beispiel eine Arbeitspause von einem halben Tag oder vielleicht auch von einer ganzen Schicht, die aber der Arbeiter auf dem Betrieb zubringt und nicht anderweitig verwerten kann. Unter kapitalistischen Verhältnissen wäre er in dem Fall zum vollen Stundenlohn berechtigt, in der Sowjet-Union wird dem Arbeiter aber jetzt „zur Hebung der Produktivität" und der Wirtschaftlichkeit nichts gezahlt, oder doch wenigstens die Hälfte des Lohnes gestrichen.

Der Arbeiter schützt sich auf seine Weise. Er „hebt die Produktivität", indem er zum Beispiel, wie in einem früheren Aufsatz dargelegt (in Nr. 222), Schraubenmuttern von eingeführten Maschinen stiehlt, um Verschalungen anbringen zu können. („Iswestija" vom 3. August 1932.)

In der „Prawda" vom 5. August liest man, daß im Gluchower Textilkombinat (den ehemaligen Morosowschen Werken) die Garnzufuhr fortwährend knapp ist. Um nun nicht durch Materialmangel Lohnkürzungen zu erleiden, verstecken die Weberinnen die Garne voreinander unter die Maschinen, wodurch das Material beschmutzt und die Fertigware verdorben wird. Mit der Verschlechterung der Lebensverhältnisse auf dieser Fabrik wächst der Ausschuß. Im zweiten Viertel dieses Jahres waren 49 Prozent (7 795 638 Meter) der Fertigware Ausschuß.

Wir beschränken uns hier auf diese wenigen Beispiele, obwohl aus der neuesten Zeit noch eine Reihe solcher Fälle bekannt sind.

Eine Fabrik produziert normalerweise Tintenfässer, Teegläser, Behälter für Kosmetika u. s. w. Tintenfässer sind in der Sowjet-Union rar geworden, sodaß die Schulkinder ihre Tinte in Teegläsern aufbewahren müssen, die ebenfalls nicht gerade im Ueberfluß vorhanden sind. Die Fabrik hätte nun eigentlich mit Volldampf Tintenfässer für die Schulen herstellen sollen. Täte sie es, dann gäbe es aber einen langen Weg bis zur Planerfüllung. Denn Tintenfässer sind billig. Deshalb stellt man lieber teure Zerstäuber als Parfüms her, die allerdings nicht sonderlich benötigt werden, dafür aber die Planerfüllungsziffer rapid anschwellen lassen.

Legt man all solche Einzelleistungen zusammen, so kann das Versorgungskommissariat am Jahresende stolz verkünden: Wir haben unserer Bevölkerung für — *ach wieviel!* — Milliarden Rubel Waren zur Verfügung gestellt. Unser Plan ist zu über 100 Prozent erfüllt. Er wäre es nicht, wenn man solche „seidenen" Summanden aus der Rechnung streichen würde.

Der gewissermaßen erzwungene „Selbstschutz-Bluff" von unten, tritt nicht nur dort in Erscheinung, wo die Planerfüllung sich in einem *Wertbetrag* ausdrückt. Wo eine bestimmte *Menge* zu liefern ist, versucht man, das Resultat auf Kosten der Qualität zu erreichen. Das geflügelte Wort:

„Wir müssen Tonnen liefern"

ist im Donezbassin geprägt worden, und zwar als Entschuldigung dafür, daß man keine Zeit habe, auf die Qualität der Kohle zu achten. Das Thema wurde seit Anfang 1931 eifrig diskutiert. Am 11. Dezember 1931 berichtete aber noch die „Sa industrialisaziju" aus Stalinsk: „. . . die Zeche ist nur erpicht auf die Tonnen der Förderung und betrachtet den Kampf für Qualität als eine Behinderung der mengenmäßigen Planerfüllung."

Die Folge der vernachlässigten Sortierung und Auslese (es wird viel Gestein mitgegeben) ist, daß die Kokereien einen minderwertigen Koks liefern, wodurch wiederum die Hüttenindustrie stark in Mitleidenschaft gezogen wird. Die Kokerei Nr. 15 in Stalino lieferte im November 1931 bei einer Norm von höchstens 9,8 Prozent Asche einen Koks mit einem Aschengehalt von durchschnittlich 30,37 Prozent. („Sa industrialisaziju" vom 9. Dezember 1931). Entsprechend sind die Ergebnisse der Eisenindustrie. Die Produktion von minderwertigem Roheisen (mit einem Schwefelgehalt von über 0,08 Prozent) und endgültigem Ausschuß in Martin-Stahl steigt wie folgt (ebenda, 5. Dezember 1931, neuere Ausgaben fehlen uns leider):

	1928/29	1929/30	Letztes Viertel 1930	Plan-Soll 1931	1931 (Viertel) I.	II.	III.
	(in Prozenten der Gesamtgewinnung)						
Petrowski-Werke							
Eisen . .	9,8	18,2	14,8	5,8	35,5	41,0	44,8
Stahl . .		0,7	1,5	0,6	2,0	1,7	
Dsershinski-Werke							
Eisen . .	5,1	14,1	27,9	6,0	26,3	26,0	37,3
Stahl . .		2,0	3,8	1,0	4,6	5,7	—

Die Dinge liegen allerdings nicht bei allen Betrieben gleich: es wird auch bessere Kohle, besserer Koks und besseres Eisen geliefert. Die Vernachlässigung der Qualität scheint aber eher die Regel als die Ausnahme zu bilden.

„Planerfüllung".

Hat der Betrieb seinen Plan erfüllt, dann gibt es Belobigungen und Prämien, bei Nichterfüllung droht das „schwarze Brett", dem Betrieb werden höhnische Aufschriften und Plakate angehängt, dem leitenden Personal in der Betriebszeitung gehäßige Dinge angekreidet, allerhand Kontrolleure sorgen dafür, daß einem das Leben vergällt wird. Ist es da ein Wunder, daß man der Natur etwas *„nachhilft"*, wenn so viele Ammen draußen ungeduldig auf das Kind warten? Wie das geschieht, das werden wir gleich sehen.

In einem früheren Aufsatz (in Nr. 197) haben wir geschildert, wie man ins Dorf zwar kein Nähgarn, dafür aber Seidenschlipse zu 24 Mark das Stück liefert („Prawda" vom 28. Juli 1932). Worauf sind solche Tatsachen, die keineswegs vereinzelt dastehen, von denen vielmehr seit Jahr und Tag massenhaft berichtet wird, zurückzuführen? Auf Beamtendummheit etwa oder auf die Bosheit eines Saboteurs? Mit nichten! Sie sind die Wirkungen eines Systems: der

Macht der vorgeschriebenen Planziffer.

Die betreffende Stelle hat den Auftrag erhalten, für einen bestimmten Betrag Waren aufs flache Land zu schicken. Sie kann das schwer schaffen, sei es wegen Waren-, sei es wegen Waggonmangels. Es gibt zum Beispiel nicht genug Nähgarn, um alle Wünsche zu befriedigen. Und schickt man etwa irdene Töpfe, die das Dorf bitter benötigt, dann kann man für einen ganzen Waggon Töpfe nur einen geringen Betrag als Planerfüllung buchen. Da ist guter Rat teuer, und eine Kiste Seidenschlipse kann eventuell den Monatsplan retten, weil sie den noch zu erfüllenden Betrag mit einem Schlage voll macht.

Für den Plan, aber gegen die Wirtschaft.

Wie stark bei den sowjetrussischen Methoden die *Wirtschaft* hinter dem *Plan* ins Hintertreffen geraten kann, zeigt besonders deutlich ein älteres Beispiel, das wir der „Sa industrialisaziju" vom 22. Oktober 1931 entnehmen. In der großen Lokomotivfabrik in Lugansk (der besten in der Union) haperte es mit der Arbeit, weil die nötigen Teile nicht gleichmäßig geliefert wurden.

„Die zubereitenden Abteilungen, die an der Erfüllung des Programms in Tonnen interessiert sind, ziehen es vor, schwerere Teile zu liefern.

Daher sind die schweren Teile für mehrere Monate im voraus fertiggestellt, während an den kleinen Teilen ein akuter Mangel herrscht." Wir sehen hier also ein internes *Gegenspiel:* Gießerei und Schmiede erfüllen ihren Plan nach einer bestimmten Tonnenziffer; die Montage- und mechanische Abteilung hat eine bestimmte Zahl fertiger Lokomotiven zu liefern. Die Eisenbahnen können auf die Lokomotiven warten, weil die Gießerei sich beeilt, *ihren* Plan zu erfüllen!

*

Nach all dem Gesagten wird es klar sein, daß die Erscheinungen, die wir als *„Bluff von unten"* bezeichnen, einen ungeheuren Schaden für die Sowjet-Wirtschaft bedeuten.

Zwar sollte das Jahr 1932 unter dem Vorzeichen des Kampfes für gute Qualität stehen, es sind wohl auch gewisse Erfolge erzielt worden. Daß es viel besser geworden wäre, ist nach den Nachrichten der Sowjet-Presse kaum anzunehmen. Dafür noch einige Beispiele:

In der „Iswestija" vom 11. August 1932 wird berichtet, daß eine von der Metallgenossenschaft in Dnepropetrowsk gelieferte Partie emailliertes Geschirr im Werte von 20 000 Rubeln als vollständig unverwendbar zurückgewiesen wurde. Der durchschnittliche Ausschuß in dem betreffenden Betrieb beträgt 10 Prozent der Gesamtproduktion.

Die Sattlerwarenfabrik in Kasan hat einige zehntausend „Sattelchen" (für Lastpferde) hergestellt, die aber nicht verkauft werden können, weil ihre Größe einem normalen Pferderücken nicht entspricht. („Iswestija" vom 24. Juli 1932.) Der Kasaner Betrieb steht aber mit diesem Fehltritt keineswegs vereinzelt da. In der gleichen Nummer liest man aus Taschkent, daß dasselbe Malheur dort mit Kamelsätteln passiert ist. Eine Genossenschaft in Merw (Mittelasien) hat für 100 000 Rubel (200 000 Mark!) Sättel hergestellt, die offenbar für andere Kamele berechnet sind, als die, die gewöhnlich Lasten zu schleppen pflegen. In dem gleichen Bericht heißt es, daß unter den für das Dorf gelieferten Waren Hemden mit nur einem Aermel oder gar ohne Aermel zu finden sind. — Im übrigen wird von der Behörde ein Umsatzzuschlag von 168 Prozent erhoben, was die Ware so verteuert, daß der Deckchanin (der turkestanische Bauer) sie überhaupt nicht mehr kauft.

Man wird sie schon verwenden . . .

Die Traktorenwerke in Stalingrad und Charkow haben neuerlich sehr darunter gelitten, daß sie nicht genug Radiatoren für die Maschinen hatten. Zur Herstellung dieser Teile wird das Metallband aus Leningrad von dem Werke „Der Rote Wyborger" geliefert. Bis zum Juli war die Lieferung nicht reichlich genug, die Qualität aber leidlich. Vom Juli an, schreibt die „Iswestija" vom 13. September 1932, wurde die Qualität abscheulich. An einem Stück Metallband fand man fünf verschiedene Ausmaße, zwischen 0,28 und 0,20 Millimeter. Dabei ist genaueste Größe bei solchem Metallband die erste Voraussetzung. Als Folge der ungenauen Arbeit müssen die Automaten der Stalingradwerke täglich ummontiert werden, und die kostspieligen eingeführten Walzen werden beschädigt.

„Das Kontrollbüro des ‚Roten Putilower' hat dieser Tage — so heißt es in dem Bericht weiter — 98 Bänder durchgeprüft, wobei 59 zurückgewiesen und nur 29 als brauchbar befunden wurden. Trotzdem sind alle Bänder nach Stalingrad befördert worden." Die Werkleitung, heißt es weiter, war der Hoffnung, daß man sie „schon verwenden werde".

In der „Iswestija" vom 24. Juli 1932 lesen wir, daß aus einer Lieferung von Nadeln für Nähmaschinen 20 000 Stück als untauglich befunden wurden. Die Probe ergab, daß von 110 Nadeln 95 absolut unverwendbar waren.

Das berühmte Elektrowerk in Moskau erzielte in der Lampenabteilung im Juni 1931 einen Rekord von 43 Prozent Ausschuß („Sa industrialisaziju", vom 5. Januar 1932). Gegen Ende 1931 betrug der Ausschuß 34,4 Prozent, dabei hatte sich auch noch die Qualität der fertigen Lampen erheblich verschlechtert.

Was solche Qualitätsminderungen bedeuten, geht aus einem Aufsatz von Ingenieur Schauer in „Sa industrialisaziju" (vom November 1931) hervor. Dort wird ausgeführt, daß bei einem Produktionsplan von 200 Millionen Glühlampen, wie er für 1932 ins Auge gefaßt war, eine

Minderwertigkeit, die nur ein Zehntel Mehrverbrauch an Strom verursacht, bereits genügen würde, um die volkswirtschaftliche Bedeutung des Dnepr-Kraftwerks aufzuwiegen und zu annulieren.

Klarer kann man es nicht ausdrücken, daß es keinen Sinn hat, mit riesigen Opfern Riesenwerke zu bauen, wenn die gesamte Gütererzeugung des Landes im argen liegt.

Im ganzen genommen bleibt die Grundtendenz bestehen: jeder bemüht sich, daß er *seinen Plan* vom Halse kriegt und kümmert sich den Teufel darum, ob die Gesamtwirtschaft durch die Art der Leistung auf den Hund kommt. B. W.

Der falsche Hebel.

Mit der vorstehenden Arbeit schließen wir die Aufsatzreihe eines gelegentlichen Mitarbeiters über die Wirtschaft in der Sowjet-Union vorläufig ab. Wir haben versucht, der Flut von Nachrichten über die Sowjet-Union, die leider zum größten Teil nur der Propaganda oder der Gegenpropaganda und damit sehr oft der Verschleierung der Wahrheit dienen, möglichst objektive Tatsachenberichte entgegenzusetzen. Wir wußten von vornherein, daß wir damit bei kommunistischen Lesern auf Ablehnung und Widerstände stoßen würden. Wenn wir die Tatsachenberichte und im Zusammenhang damit eine Kritik an den sowjetrussischen Wirtschaftsmethoden dennoch veröffentlichten, so geschah das in der Hoffnung, daß Genossen zum Nachdenken über die vermeintliche Vorzugswürdigkeit des *Kollektivismus* kommen, auch solche Genossen, die heute noch — auf Grund von Vorurteilen, teils auch geblendet durch Propaganda-Nachrichten und gewisse unbestreitbare technische Erfolge in der Sowjet-Union — Erörterungen über die Möglichkeit einer *sozialistischen Marktwirtschaft* ablehnen.

In den wirtschaftlichen Maßnahmen der Sowjet-Regierung selber kommt deutlich eine Unsicherheit zum Ausdruck, ein Tasten nach dem richtigen Weg. Die russischen Genossen haben aus einer richtigen Erkenntnis heraus — daß nämlich die Ursache der wirtschaftlichen Mißstände in einer Lähmung der privaten Initiative liegt —

versucht, die Initiative der Einzelnen anzustacheln. Aber sie haben einen falschen Hebel gezogen.

Der Erfolg ist, wie gerade der vorstehende Aufsatz mit erschreckender Deutlichkeit zeigt, Korruption und eine ungeheure Schädigung der Wirtschaft; jeder bemüht sich, das ihm vorgeschriebene Pensum auf irgend eine Art und Weise zu bewältigen, und „kümmert sich den Teufel darum, ob die Gesamtwirtschaft durch die Art der Leistung auf den Hund kommt". Gerade weil diese „Betrügereien" in der Regel nicht aus eigennützigen Motiven heraus geschehen, wirken sie besonders tragisch.

Wann werden die russischen Kommunisten einsehen, daß sich die Initiative der Einzelnen besser und zum Vorteil der Wirtschaft entwickelt, wenn die Einzelnen nicht in erster Linie unter dem Druck der Behörden, sondern unter dem Druck der privaten Konkurrenten stehen? Wann werden sie einsehen, daß es nicht die Pflicht einer sozialistischen Regierung ist, die Wirtschaft *in allen Einzelheiten* zu leiten, sondern daß es vielmehr ihre Pflicht ist, der privaten Initiative so viel Spielraum zu lassen, wie das im Interesse der Gleichheit nur irgend möglich ist? Bey.